

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. September 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Säufe, Verhäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 104

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Spießgesellen der Scharfmacher. — Heuchler! — Die Gewerbehändler der Buchdrucker, II (Schluß).

Korrespondenzen: Breslau. — Duisburg. — Frankfurt a. M. (A.). — Heilbronn a. N. — Leipzig (A.). — Leipzig (Sch.). — Mainz. — Mannheim. — Speier.

Rundschau: Ferien! — Stiftung für das Schriftmuseum. — Gorfahl der Bezeichnung „Druckfackel“. — Tod durch Erfrischen. — Betriebsunfall. — Amerikanische Ansichten über die Zeitung der Zukunft. — Neuer Bücherzoll in den Vereinigten Staaten. — Offene Arbeitersekretariate. — Vereinbarung zwischen Berufsgenossenschaften und Krankenkassen. — Arbeitslosenversicherung und Parteipolitik. — Ablehnung der Streikläufer. — Unternehmerinteressen und Wohlfahrtsvereinigungen. — Indultiriele gegen die Einleitung von Pflanzern im Kaufmannsstande. — Zur Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter. — Aus einem gelben Stumpfe.

Bericht der Hauptverwaltung über den Monat Juli 1913.

Die Spießgesellen der Scharfmacher

„Korr.“ und Gutenbergbund.

Keine Demagogie kennt Grenzen oder ist fähig, sich innerhalb derselben zu halten. Sie stirzt sich selbst durch immer beschleunigtere Bewegung. Wer sich zu Reuten solcher Art gefehlt, kann nie wissen, wie weit er mit ihnen gehen werde oder gehen müsse.

Der bekannte Historiker Friedrich v. Raumer hat mit dem vorangeführten Ausspruch andre Verhältnisse und andre Menschen treffen wollen. Ob indes dieser Satz jemals eine Wort für Wort so zweckentsprechende Anwendung gefunden hat, wie im nachfolgenden damit eine „moderne“ Demagogenzunft mit photographischer Treue charakterisiert werden soll, kann ohne weiteres verneint werden.

Es sind uns in den letzten zwei Wochen aus einer ganzen Anzahl von Städten fast aller Himmelsrichtungen Zuschriften und Zeitungartikel eingelaufen worden, die bei ersteren direkt, bei letzteren durch die Art des Inhaltes das Anflinsen stellten, uns mit der neuen demagogischen Kebe des Gutenbergbundes zu beschäftigen. Nicht nur, weil wir in Danzig die Versicherung abgaben, nach dieser Richtung künftig noch mehr Zurückhaltung mit den Leistungen zu üben, sondern auch aus dem Grunde noch, daß doch in unsern Betrachtungen über die Danziger Generalversammlung wie durch die drei, sogleich nach der Generalversammlung des Bundes in Essen erschienenen Artikel den Notwendigkeiten in dieser Hinsicht wohl Genüge geschehen war, hielten wir uns in Reserve. Wir wollten auch erst abwarten, was denn die Prinzipalität oder ihr Organ zu dem neuen, fieberhaft gesteigerten Denunziationsdrange des „christlichen“ Gutenbergbundes sagen würden. Nachdem diese dreifachen Erwägungen uns einen klaren Überblick ermöglicht haben, soll nicht länger mit der Sprache zurückgehalten werden.

Im vergangenen Jahre brachte der „Korr.“ eine längere Artikelserie, die die Großen wie die Kleinen im Gutenbergbund unzweideutig als Spießgesellen der Scharfmacher erkennen ließ. Damals lieferten wir mit jenen Artikeln auch den offensichtlichen Beweis, daß ein dümmeres Gerede und eine dreifache Behauptung, der „Korr.“ könnte den Anwürfen dieser Ehrenmänner nichts Stichhaltiges entgegenstellen, vom „Typograph“ noch nicht gewagt worden ist. Selbst soll der Nachweis angetreten werden, wie mit volstem Rechte die Bundesleute als Spießgesellen der Scharfmacher anzusprechen sind und als bewußte Werkzeuge der unbedenklichsten Organisations- und Tarifgegner zu gelten haben.

Wenn selbst Kollegen, die auf der Generalversammlung in Danzig sich den Standpunkt zu eigen machten, der „Korr.“ könne tatsächlich dem Gutenbergbunde gegenüber größere Beschränkung beobachten, nun auch meinen, die erbärmliche Kampfesweise dieser Patenschriften erfordere eine exemplarische Züchtigung, so können wir wohl damit rechnen, diesmal von den nur oberflächlicher Beurteilung entspringenden Klagen über zu häufige Beschäftigung mit dieser dem Treiben der Apachen so feilenverwandten Gesellschaft verschont zu bleiben.

Gutenbergbund und Dresdner Gewerbekammer.

Als auf unrer Danziger Generalversammlung der Vorstehende Böblin in seinem Schlussworte von dem Machwerke der Dresdner Gewerbekammer gegen die Tarifgemeinschaft und den Verband Kenntnis geben konnte, war die Empörung über eine solche gewissenlose Anschwärzei allgemein. Daß damit die seitherigen denunziatorischen Selbstenaten des Arbeitgeberverbandes wie des diesem nicht nur geminnungsverwandten, sondern faktisch als Bundesgenosse anzusehenden Gutenbergbundes überbieten waren, darüber herrschte gleichfalls Abereinstimmung. Bei der Berichterstattung über unsre Generalversammlung wiederholte sich die Proteste gegen die allzu allzu Lasten ins Gesicht schlagende Gebaren der Dresdner Gewerbekammer mit ihrem von der sächsischen Regierung eingeforderten Gutachten. Selbstverständlich hatte auch der „Korr.“ dagegen sogleich (Nr. 76, 5. Juli) in schärfster Weise Stellung genommen und dabei Gegenfragen gestellt, auf die bis heute außer dem paritätischen Tarifamte keine Stimme aus Prinzipalskreisen sich gemeldet hat — bezeichnenderweise! Die „Zeitschrift“ berührte in einer Polemik gegen den Bund das Dresdner Machwerk nur ebenso kurz wie beiläufig.

Bereits in seiner Nummer vom 11. Juli stellte sich der „Typograph“ auf Seite der Dresdner Gewerbekammer. Das geschah in der verdächtigen Weise, daß das Bundesorgan in ein und demselben Absatz erklärte, das Dresdner Material nicht zu kennen, nachdem es zuvor gesagt hatte, alles brauche man ja nicht zu unterschreiben, was in dem Dresdner Bericht ausgeführt sei. Der „Typ.“ nahm nur einigen Anstoß an dem bezüglich des Zurückhaltens der Leistungen Gelagten. Hier schien ihm der Prinzipalsstandpunkt etwas — es ist dieses Wörtchen zu betonen! — zu einseitig herausgehört. In Wirklichkeit wurde auch hierbei nur Komödie gespielt, denn der zweite Vorstehende des Gutenbergbundes, Oberfaktor Föhler, hat es ja auf der Essener Generalversammlung offen gesagt, daß die Klagen der Prinzipale über die Zurückhaltung der Leistungen berechtigt seien. Als das einem Delegierten wohl doch über die Fufschur ging, schränkte Föhler seine Ausführungen ein durch die Bemerkung, daß er nur die „roten Gefäßen“ gemeint habe. Die Ideenassoziation zwischen Gutenbergbund und Gewerbekammer ist also in jeder Beziehung gegeben.

Nur eine solche? Wir bezweifeln es! In der zur Kronzeigenschaft seines Spießgesellentums für die Scharfmacher gegen das Tarifamt herausgegebenen, im „Typ.“ vom 22. August als soeben erschienen bezeichneten Broschüre wird mit auffallender Eindringlichkeit hervorgehoben, daß der unschuldige Gutenbergbund weder mit der sächsischen Regierung noch mit der Gewerbe- oder der Handels-

kammer in Dresden gekramt hat. Alles habe er erst später erfahren als der Verband. Wenn das Tarifamt nicht mit seiner Erklärung gegen die Dresdner Gewerbekammer gekommen wäre und darin nicht wieder den Verband in Schutz genommen haben würde, dann hätte keine Ursache bestanden, „uns in die Dinge einzumischen“.

Gott, wie harmlos! Mit dieser Sarmlosigkeit ist die erwähnte, am 11. Juli schon im „Typ.“ erschienene prononcierte Androhung, der Gutenbergbund werde für den Fall, „daß man wieder leugnet (NB. das nach der einen Version dem „Typ.“ doch noch unbekanntes Material! — siehe den vorausgehenden Absatz) und den Verband in Schutz nimmt“, die „nötigen Beweismaterialien“ veröffentlichen, aber sehr schlecht zu vereinbaren. Die Gegenerklärung des Tarifamtes erfolgte am 29. Juli, am 11. Juli aber drohte bereits der „Typ.“ nach bewährter Erpressermethode mit Enthüllungen, um den Deutschen Buchdruckerverein oder das Tarifamt zum Schweigen zu bestimmen; laut der Ende August herausgebrachten Broschüre will indes der Gutenbergbund vorher von nichts gewußt haben und zu seinem neuen Denunziationsstückchen erst durch das Tarifamt getrieben worden sein — sonderbar, höchst sonderbar!

Dieses auffällige Bestreben, den Unkundigen, sogar Uninteressierten zu spielen, erinnert an die vom Gutenbergbunde vor zwei Jahren bei Erscheinen der vom christlichen Gesamtverband als Verleger signierten Broschüre: „Buchdruckerkarier und öffentliches Interesse“ gepielte Komödie, als deren Herausgeber ein in der herstellenden Druckerei erscheinendes christliches Gewerkschaftsblatt aber frank und frei den Gutenbergbund nannte, dessen Organ von dieser Arbeitergemeinschaft sogar widerspruchslos Notiz nahm. Wenn wir nunmehr von einer beim Erscheinen des Dresdner Gewerbekammerberichts uns gewordenen Mitteilung Kenntnis geben, wonach eine in Bündlerkreisen sehr bekannte Person dem Gutachten der Dresdner Gewerbekammer recht nahe stehen soll, dann wird man für die von uns im vorhergehenden aufgezeigter Widersprüche in den Verlautbarungen des „Typ.“ ein besseres Verständnis bekommen. In seiner Nummer vom 5. September ist das Bundesorgan sogar so unvorsichtig, zu schreiben, weil das Tarifamt den „sozialdemokratischen“ Verband in Schutz genommen, „und all die Behauptungen der Dresdner Gewerbekammer und auch damit die des Gutenbergbundes als unwahr bezeichnet“, sei die Broschüre gegen das Tarifamt erschienen. Aber dies muß die Schweigsamkeit des Gewerbekammervorstehenden nach all den kräftigen Rippenstößen befremden. Man gewinnt fast den Eindruck, als bestände für den Gutenbergbund mehr als ein sachliches Interesse, die Dresdner Gewerbekammer herauszuhauen!

Die Kronzeigenschaft für das „Gutachten“ der Dresdner Gewerbekammer.

Die neue Broschüre des Gutenbergbundes umfaßt 48 Seiten und kostet 50 Pf. Erstere stellen größtenteils ein ganz unverdäuliches Zeug alter und ältester Agitationslügen gegen den Verband dar. Letztere sind direkt zum Fenster hinausgeworfen. Das Konglomerat von böswilliger Verleumdung und gemeiner Gesinnung ist umkleidet von einem Titel mit den löblichen Worten: „Tarifamt der Deutschen Buchdrucker kontra Gewerbekammer zu Dresden. Beweismaterial über die Bekämpfung des Guten-

bergbundes (christlich-nationale Gewerkschaft) und die Förderung des Buchdruckerverbandes (sozialdemokratische Gewerkschaft) durch die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker. Wenn man das gelesen, ist man auch schon „im Bilde“.

Es ist in der Tat zu verstehen, daß mit diesem Inballe der „Typ.“ verschont bleiben sollte. Da hätten ja Buchdrucker diese Tiraden zu lesen bekommen, und diese wären doch ersaunt gewesen über die vielen Bekannten, die ihnen als „Beweismaterial“ hier vorgelegt werden. Sofort hätten sie auch gewußt, daß sowohl im Einzelfalle von den Verdächtigsten wie insgesamt durch den „Korr.“ mit seinen Artikulierern „Gegen Tarifgemeinschaft und Verband“ im Frühjahr 1912 und „Die Spießgesellen der Scharfmacher“ im Herbst v. J. der ganze Inhalt der Broschüre, von den neuesten „Entsüllungen“ abgesehen, bereits über den Haufen geworfen ist. Sogar bei den Verhandlungen im Tarifausschuss ist im Beisein Thürners und zu dessen nicht geringer „Freude“ mancher Schwindel aufgedeckt worden. Es gehört aber zu dem Meister der Pamphletisten vom Kaliber der Bundesleuchten, daß sie längst als unhaltbare Anschuldigungen einwandfrei Widerlegt immer von neuem bringen, um die von ihnen jämmerlich betrogene Öffentlichkeit — die sie in den eignen Angelegenheiten bekanntlich so sehr scheuen! — wieder und wieder mit groben Schwindelmannövern zu fraktieren. Darum meidet man auch nach Möglichkeit die Buchdruckerwelt mit diesem Blunder, der um so bereitwilliger aber als funkelnelene Wahrheiten der reaktionären Presse aufgedrängt wird. Das ist ja auch charakteristisch, welche Blätter der Gutenbergbund mit Vorliebe für seine Absichten empfänglich macht. Und von dieser Presse ist die jetzige Sympathie für eine früher quasi angeplante Gesellschaft ebenso bezeichnend.

In dem verlausenderischen Quodlibet des Gutenbergbundes gruppieren sich die falschen Antiquitäten seiner vom Denunziationsfieber ergriffenen Gernegroße um die mit den Fragen der sächsischen Regierung wie mit den Antworten der Dresdner Gewerkekammer identischen vier Punkte:

1. Nimmt der Verband der Deutschen Buchdrucker bis zu einem gewissen Grad eine Monopolstellung in der Tarifgemeinschaft ein?
2. Leiden durch die Befolgung der tariflichen Substitutionsrechte die tariflichen Rechte der Mitglieder des Gutenbergbundes?
3. Geraten Buchdruckerbesitzer in eine schwierige Lage, wenn sie nicht ausschließlich Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes beschäftigen?
4. Werden durch die Handhabung der tariflichen Einrichtungen die Gehilfen in den sozialdemokratischen Verband gedrängt?

Die dafür angeführte Beweisführung könnte fast heiser stimmen, wenn nicht eine so abschreckende Niedrigkeit dieses Handelns diktiert würde. Aus den vorgängigen Pamphleten „Demaskiert“ wie „Buchdruckerfakt und öffentliches Interesse“, die kurz vor und gleich nach der Tarifrevision von 1911 erschienen sind, hat man da starke Anleihebedürfnisse befriedigt. Diese Ladenhüter sind nicht nur in der schon erwähnten Weise als grundlose Verdächtigungen abgetan worden, man kann sie zum Teil selbst durch preßgesetzliche Berücksichtigungen im „Typ.“ wie auch durch angestellte Untersuchungen der heiderseitigen Tariffunktionäre widerlegt finden. Der Zweck der Abung ist also, in vollem Bewußtsein der Unwahrheit die mit der neuen Denunziationsbroschüre beglückten Behörden und außenstehenden Kreise zu täuschen. Buchdruckern kann man damit nichts mehr vormachen. Die Handlungsweise des Gutenbergbundes charakterisiert sich damit als ein Beginnen, wie es nicht einmal der freuverbündelte Arbeitgeberverband fertiggebracht hat.

An einigen Streiflichtern sei aber doch gezeigt, wie trotz aller Widerlegungen unerleutet der alte Traktat von neuem herhalten muß. Die Gehilfenkreisevertreter marschieren wieder sämtlich als Verbandsbeamte auf; von dreizehn sind indes sechs noch praktisch im Berufe tätig. Die Terrorisismärchen kehren auch sämtlich wieder. Davon wird aber nichts gesagt, wie in Rheinland-Westfalen nicht etwa nur seitens unmaßgeblicher Prinzipale Einwirkungen vorgenommen werden, Mitglieder des Verbandes zum Abtritt in den Gutenbergbund zu bestimmen. Ein sehr bekannter Prinzipal macht auch in letzter Zeit wieder dahin abzielende Anstrengungen. Die rührende Anteilnahme an der Streichung der Firma

Zilleßen in Berlin, die sämtliche Verbandsmitglieder hinausbuglierten wollte, ist ebenso charakteristisch wie die Verdrehung des Taffelstandes im Falle Scharmigel (Köln), welche Firma nach Vorfelligwerden des Bundessekretärs an ihr Personal das Verlangen stellte, in den Bund überzutreten, weil sie sonst die Arbeiten von christlich-nationalen Organisationen verlieren würde. Diese gleich doppelte Pression ist auch noch vom Tarifausschuss im April d. J. als unvereinbar mit der tariflich gewährleisteten Koalitionsfreiheit, als deren (theoretischen) Hüter der Gutenbergbund sich gern geriert, bezeichnet worden. In der Broschüre wird dieser Vorgang, obwohl er im Tarifausschuss im Beisein des Bundesvorsitzenden Thürner erörtert wurde, aber dahin umgefälscht, als hätte die Firma Scharmigel nur einige Bündler beschäftigten wollen. Auch die Angelegenheit der christlichen Arbeiterdrucker in Duisburg, bei der es sich nicht darum drehte, daß einige Bündler engagiert werden sollten, sondern um die festgestellte Äußerung einer im Betriebe mahgebenden Person, daß alle Verbandsmitglieder hinaus müßten, findet eine der Beweisaufnahme des zuständigen Tariffchiedsgerichts völlig widersprechende Darstellung. Sogar die Terrorismuslegende aus der Reichsdruckerei, mit der man sich im Reichstag einfach schneidlich blamiert hatte, kommt wieder auf das Tapet. Die sogenannte Öffentlichkeit soll also mit aller Gewalt beschwindelt werden. Dagegen wird säuberlich verschwiegen, daß ein nach vierzehnjähriger Zugehörigkeit aus dem Bunde gefretenes Mitglied als Grund seines Abtritts mit angab, zweimal von Bündlern aus seiner Stellung getrieben worden zu sein.

Daß die Demagogie dieser Leute keine Grenzen kennt, beweisen sie auch damit, daß sie von einer heute noch ungehindert sich vollziehenden Arbeitsvermittlung des Verbandes sprechen, obwohl wir ihnen im vergangenen Jahre nachgewiesen haben, daß auf dem Bundesbureau ein Angestellter vornehmlich mit der Arbeitsvermittlung beauftragt ist und von diesem sogar Zuschriften dieser Art an Bundesangehörige im „Korr.“ veröffentlicht werden konnten. Wie weit die Verdächtigungsmanie dieser Musterchristen geht, zeigt die Unterzeichnung der Geschäftsführer des Tarifamts; den diese Gesellschaft mit ihrem födlichen Halle beehrt, könnte vielleicht doch auf der Generalversammlung des Verbandes in Danzig gewesen sein; man habe seine Anwesenheit wegen der Kritik des Bundes möglicherweise „fotgeschwiegen“. Auch die Kassengebarung des Tarifamts wird wieder angegriffen. Eine klare Abrechnung könne nicht gegeben werden, „weil die Kasse der Tarifgemeinschaft und die des sozialdemokratischen Verbandes so miteinander verquidat sind, daß eine Klarheit so leicht nicht geschaffen werden kann“. Wenn der Gutenbergbund in seiner verfliegenden Besitzpolitik nur ein wenig die logische Schlussfolgerung bedenken würde, so würde er wenigstens nicht mit diesem Mittel operieren. Die Konsequenz dieser Dreckschleuderei ist nämlich die, daß auch der Deutsche Buchdruckerverein in der geschicktesten Weise verquidat sein müßte, denn die Unterhaltungskosten des Tarifamts werden doch in ihrem nicht zu deckenden Teil, also in der großen Hauptsache, vom Buchdruckerverein und vom Verband anteilhaftig getragen. Ergo könnte auch aus diesem Grunde das Tarifamt keine Abrechnung erstatten! Man sieht, wohin die Denunziationsrafferei führt. Der gleiche Wahnsinn offenbart sich in der Behauptung, daß als Einnahme der „Verbandskasse“ auch die von Bündlern und Prinzipalen für tarifliche Zwecke geleisteten Beiträge gebucht werden. Was da aus den Jahresberichten der Gaue herausgelesen wird, kennzeichnet diese Leute als in den tariflichen Einrichtungen geradezu weßfremd. Der Gutenbergbund, bei dem der Schrei nach Gleichberechtigung alle besseren Instinkte erstickt hat, sollte nur Gelegenheit haben, diese Gleichberechtigung zunächst in finanzieller Hinsicht zu erproben, ihm würde die Lust zu derartigen Anwürfen und auch zu der demagogisch verlangten Gleichberechtigung jedenfalls gründlich vergehen. Diese Gesellschaft will nur in jeder Beziehung weitgehendste Rechte, um Pflichten hat man sich von jeher mit mehr oder weniger Gelingen zu drücken vermocht. Einzig schön macht sich die Bemerkung, jede Korporation und jeder Verein lege Rechenschaft ab.

Wenn damit die Notwendigkeit einer öffentlichen Rechnungslegung „begründet“ werden soll, so gibt der Gutenbergbund selbst ein recht schlechtes Beispiel dafür, denn auf seiner Essener Generalversammlung zog man es vor, den Kassenbericht in nichtöffentlicher Sitzung vorzutragen und zu besprechen!

Trotz der der Bundesleitung durch einen Vertrauensbruch möglich gemachten „Entsüllungen“, worauf wir noch zu sprechen kommen, und des Aufgebotes alten und ältesten „Beweismaterials“ ist es ihr einfach unmöglich, die Gegenschrift des Tarifamts auch nur in einem Punkte zu erschüttern. Die den Spießgesellen der Scharfmacher vor allen Dingen unangenehme Feststellung des Tarifamts, daß nach der eignen Aussage des „Typ.“ die Mitglieder des Gutenbergbundes weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben als die des Verbandes, also der fundamentale Grundsatz der Koalitionsfreiheit und das daraus resultierende Recht auf Arbeit im Buchdruckergewerbe durchaus gewährleistet sind, sucht der Verfasser der Broschüre mit einer Lächerlichkeit sondergleichen zu parieren. Der Mann ist nämlich auf den Gedanken gekommen, der Bund hätte „in technischer Beziehung leistungsfähigere Mitglieder!“ Dieser Widsinn ist einfach pyramidal. Um die Behauptung des Tarifamts noch mehr zu bekräftigen, leistet er sich dann den Ausspruch: „Deshalb können wir auch mit Freuden konstatieren, daß unsre Mitglieder größtenteils in dauernden, guten Positionen sind“. Dadurch wird also zugegeben, wie man die Öffentlichkeit, größtenteils aber nur die von der Senkrumpresse vertretene, angeschwindelt hat mit der Klage, die Bündler würden in der Arbeitsgelegenheit benachteiligt. Daß nicht die technisch größere Leistungsfähigkeit, sondern die wirtschaftsriedliche Gesinnung, die „gefunden gelben Gedanken“ es sind, die die Bündler gewissen Prinzipalen so beliebt machen, brauchen wir eigentlich nicht nochmals zu sagen. Es kommt ja auch in dem dem Gutenbergbund in die Hände geplayten Sitzungsprotokolle des Tarifausschusses von Prinzipalsseite zum Ausdruck, worüber allerdings nichts „entsüllt“ wird, in der Denunziationsbroschüre oder im „Typ.“. Über es ist in der vorletzten Woche von einem bundesfreundlichen schlesischen Blatt auch ganz deutlich ausgesprochen worden. Treffers Gezeier gegen die Gelben auf der Essener Generalversammlung war nur eine plumpe Maskierung. Man weiß zu gut, wie gelb man ist!

Das Ceterum censeo der ganzen Schreiberei und Schwinderei ist jedoch: Noch immer ist der Gutenbergbund nicht gleichberechtigt mit dem Verband! Völlig gleichberechtigt, versteht sich natürlich. Es werden die dem Verbands zugehörigen Vertretungen in den Tarifinstanzen aufgezählt. Selbstverständlich bleibt dabei unerwähnt, daß genau dieselben Rechte auch der Deutsche Buchdruckerverein besitzt, daß aber die diesem nicht angehörigen tariffreien Prinzipale auch „nir zu seggen haben“, obwohl sie ebenfalls zu den Kosten der Tarifinstitutionen beizutragen haben. Der bis zur Borniertheit ausgewachsene Größenwahn im Gutenbergbunde läßt den Schreiber sogar sagen: Wenn die Tariffunktionäre Vertreter der Allgemeinheit wären, dann müßte es dem Verband egal sein, wer die Geschäfte versteht“. Also erst wenn der Begriff der Allgemeinheit die bis zur Selbstaufgabe gehende Auslegung gefunden hat, daß der Verband vor dem idealen Tarifgemeinschaftsverband und -förderer Gutenbergbund völlig die Segel streicht und aus dessen (angeblichen) 3400 Mitgliedern sämtliche Posten besetzen läßt, dann wäre der Tariforganisation der Charakter der Allgemeinheit gegeben!

Im übrigen ist dieses Gewimmer das Merkmal einer skandalösen Beschwindlung der eignen Mitglieder. Sowohl nach den Tarifverhandlungen 1911 wie nach der Tarifausschussitzung im April d. J. hat der „Typ.“ den Mitgliedern des Gutenbergbundes Erfolge über Erfolge vorgekäuft. Man hätte danach meinen sollen, die „christliche“ Organisation wäre mit ihren Wünschen zum Ziele gelangt. Aber vor zwei Jahren brach der Kassenjammer dann in der Broschüre „Buchdruckerfakt und öffentliches Interesse“ aus, und jetzt wird in der zur Verteidigung des Gutachtens der Dresdner Gewerkekammer verbrochenen Broschüre die alte Kammerarie wieder

angestimmt, daß man noch völlig „entrechtet“ ist. Und dazu die salomonische Weisheit Stegerwalds auf der letzten Bundesgeneralversammlung, daß es so ganz gut wäre; so könnte der Bund ja unbehinderter stärken und draußlos denunzieren. Auch das christlich-gewerkchaftliche „Zentralblatt“ hat jüngst (siehe unsern Artikel „Das oberchristlich-katholische Foch für die Tarifgemeinschaft“ in Nr. 92) viel zu erzählen gewußt von den Errungenschaften des Bundes, die die christliche Gewerkchaftszentrale aber größtenteils auf ihre „Macht“ zurückführt. Auf unsre recht deutliche Antwort folierte sie das „Zentralblatt“ dann mit Banalitäten, wie sie nur großer Verlegenheit entspringen können. Man muß fassächlich staunen, daß denkfähige Menschen sich so einfeissen lassen. Die Widersprüche zwischen den jeweils verkündeten Erfolgen und den nachfolgenden Heulmeistereien sind doch einfach klaffend.

Schwindel ist es auch, wenn in der Broschüre der Unfein erweckt wird, das aus Dresden von der Gewerkekammer wie von der Handelskammer an das sächsische Ministerium Berichtete bilde das Ergebnis der Enquete über die mit der Tarifgemeinschaft gemachten Wahrnehmungen. Wir können vielmehr erklären, daß der Regierung in Dresden auch ganz anderslautende Gutachten zugegangen sind, und daß diese Stimmen unfres Wissens sogar die Mehrheit bilden.

Tatsache ist jedoch: Das sächsische Ministerium ist zu seiner Rundfrage erst durch die Denunziation von „christlichen“ Arbeitern, d. h. durch die mehrfach zitierte Broschüre des christlichen Gesamtverbandes und des Gutenbergs, veranlaßt worden; dieser ist an ihrer Verfasserhaft der Hauptbeteiligte. Tatsache ist ferner, daß durch eine weitere Denunziation von „christlichen“ Arbeitern, nämlich dem Gutenbergs, die bislang ungeheuerlichsten Anschuldigungen gegen die Tarifgemeinschaft und den Verband gestüßt werden sollen. Und zwar dadurch, daß der „christliche“ Gutenbergs das von dem schlimmsten scharfmacherischen Standpunkte diktierte Gutachten der Dresdner Gewerkekammer zu retten versucht. Tatsache ist im weiteren: Der tarifgegnerische Arbeitgeberverband im Druckgewerbe hat noch zu keiner Zeit dem Gutebergsbunde solchen Sukkurs geleistet als gegenwärtig. Eine „Arbeiterorganisation“, die solchermaßen für das Scharfmacherium und für die Tarifgemeinschaftsgegner wirkt, ist schlimmer als eine gelbe Gewerkschaft!

Die sogenannte christlich-nationale Buchdruckerorganisation hat noch ein übriges getan. In die Presse hat der Gutenbergs einen Artikel verhandelt, in dem gleichfalls das Tarifamt in der verlogensten Weise wegen seiner Zurückweisung des Dresdner „Gutachters“ scharf angegriffen wird. Der Gutenbergs hat hiermit abermals eine Presstheke gegen das Tarifamt zu inszenieren versucht, obwohl ihm die Prinzipalsvertretung bei der Tarifausschubstiftung im April ihr starkes Mißfallen über solche Machenschaften ausgesprochen hat. Die Aufnahme dieses Wascheffels erfolgte hauptsächlich in der Zentrumspresse. Wir können jedoch konstatieren, daß von den ausgesandten Artikeln eine ganze Anzahl uns zugeandt wurde, die Aufnahme also in geringerem Umfang als sonst erfolgte.

„Enthüllungen“, Vertrauensbruch und grobe Fälschung.

In der Broschüre gegen das Tarifamt wie auch im „Typ.“ (22. August) werden zur besseren Würze aus dem Protokoll über die Tarifausschubstiftung im Jahre 1907 kurze, zusammenhangslose Sätze gebracht, um „etwas über die Unparteilichkeit des Vorsitzenden des Tarifamts“ darzutun. Wie gegen den Tarifamtssekretär Schliebs die Demagogie dieser Patentschriften keine Schranken kennt, so ardet sie gegen den (früheren) Vorsitzenden des Tarifamts, den Geheimrat Bürgenstein, einfach ins maßlose aus. Das offenbart sich in diesen „Enthüllungen“ eklatant. Daß sie gerade den Geheimrat Bürgenstein sich aufs Korn nehmen, zeugt von ihrem sicheren Instinkte, wie der prädestinierte Führer der Tarifgemeinschaft beim Scharfmacherium und den diesen gleichgesinnten Prinzipalskreisen angeschrieben ist.

Dieselben Leute, die vor Knechtlichkeit ersterben gegenüber den Prinzipalen, die ihnen wohlgesinnt, können die personalisierte Frechheit sein gegen andre, von denen sie wissen, daß bei diesen die realen Tatsachen in erster Linie entscheiden. Liebedienertisch heißt es in der Broschüre: „Wir wollen die meisten Prinzipalsvertreter von jeglicher Schuld freisprechen“. Man sieht im Geiste diese Edelmenschen dabei einen gewissen Körperkell ihrer vermeintlichen Götter lecken; wer seine Sympathie dem Bunde rückhaltlos bezeugt, kann dieses „Bergnügen“ ohne Unterlaß haben.

Das Bemerkenswerteste an diesem Vorstoß ist aber, daß an gedachter Tarifausschubstiftung kein Vertreter des Gutenbergsbundes teilgenommen hat. Die Denunzianten können also nur durch einen Vertrauensbruch in den Besitz dieses Protokolls gelangt sein! Kombinationen darüber sich hinzugeben, wäre müßig. Wir stellen aber fest, daß weder die „Zeitschrift“ noch sonst ein Prinzipal bis jetzt zu dieser Tatsache auch nur ein Wort gesagt haben, obwohl speziell aus dem „Typ.“ die Art dieser Wissenschaft un schwer zu erkennen ist. Als der „Korr.“ im vergangenen Herbst über eine Prinzipalsversammlung in Düsseldorf, die gewissermaßen einen Staatsstreich zu unternehmen beschloß, bei dem auch Interessen des Verbandes auf dem Spiele gestanden haben würden, einen zutreffenden Bericht brachte, da war die Entrüstung groß. Wir sind begierig, ob man nach dieser Feststellung von unsrer Seite es ruhig hinnehmen wird, daß dem Gutenbergsbunde nur für Mitglieder des Tarifausschusses bestimmte und auch als vertraulich bezeichneter Protokolle in die Hände gespielt werden und dieser daraus ihm passende Auszüge bringen darf.

In der Broschüre wie im „Typ.“ wird nun durch kurze, völlig aus dem Zusammenhange gerissene Sätze — ein journalistisches Verfahren, das sonst von dem gelben Buchdruckerorgane schändlich genannt wird! — Geheimrat Bürgenstein mit verschiedenen Auslassungen von ihm in jener Tarifausschubstiftung als scharfer Gegner des Gutenbergsbundes, aber großer Freund des Verbandes geschildert. Ihm ist es, (wenn Schliebs vor allem auszusprechen) das der Gutenbergsbunde mit seinem (unverschämten) Verlangen auf Gleichberechtigung noch nicht durchgedrungen sei. Kurz, der jetzige Präsident der Tarifgemeinschaft, den die Broschüre aber noch als Vorsitzenden des Tarifamts angibt, erscheint als Ausbund von Parteilichkeit.

Selbst wenn die Bürgensteinschen Ausprüche nicht demagogisch auseinandergerissen wären, könnte man ihnen Auslassungen der genannten Persönlichkeit über unsre Organisation entgegenstellen, die weit zweifelsfreier laufen, von Begeisterung über den Verband aber nichts erkennen lassen. Die Notwendigkeit für die Prinzipale, zwei Eilen im Feuer zu haben, wurde ja wohl auch zuerst von dem angeblichen Gutenbergsbunde betont, der übrigens Bündler in seiner Druckerei beschäftigt, die dort schon 25 Jahre und länger konditionieren. Man darf aber einen überragenden Geist nicht nach etwelchen Unternehmereigenschaften beurteilen, sondern muß einen solchen Mann als Ganzes werfen. Und da stehen uns die Verdienste des Geheimrats Bürgenstein um die Tarifgemeinschaft denn doch so hoch, als daß unter bestimmten Umständen gefallene Worte ausschlaggebend für seine Beurteilung sein könnten.

Der Broschürenschreiber kennt die hier angedeutete Kehrseite natürlich sehr wohl, aber er will den Genannten gewaltsam zum Todfeinde des Gutenbergsbundes stampeln. Das Pamphlet geht doch auch an Staats-, Kommunalbehörden und andre Kreise, die im öffentlichen Leben stehen. Die Leitung des Gutenbergsbundes ist also mit bewußten Unwahrheiten darauf aus, den Geheimrat Bürgenstein in seiner gesellschaftlichen Stellung zu kompromittieren!

Es werden zu diesem Zwecke wahre Denunziationsorgien gefeiert. Die „christliche“ Bestimmung der Sudelmänner bringt es nämlich sogar fertig, auch hier den Tafelband in das völlige Gegenteil zu verdrängen. Wir wollen nicht auch einen Vertrauensbruch begehen. Es würde sich um einen solchen selbst dann handeln, wenn wir aus dem Protokolle von 1907 die weggelassenen Bürgen-

steinschen Ausführungen zur Widerlegung bringen würden. Wir können aber erklären, daß

Geheimrat Bürgenstein in jener Tarifausschubstiftung eindringlich auf die Gehilfenvertreter eingeredet hat, den Widerstand gegen die Anerkennung des Gutenbergsbundes aufzugeben!!

Sogar mehrmals!

Der Gutenbergsbunde verschweigt also den Kernpunkt, stellt aber nebenhergehende Äußerungen in den Vordergrund. Es handelt sich also um

Fälschungen allergrößter Art

wie sie in der nun vierzigjährigen Tarifgeschichte der Buchdrucker noch nicht vorgekommen sind. Einer „christlich-nationalen“ Organisation blieb es vorbehalten, der Welt eine Geninnung von abgrundloser Tiefe zu offenbaren...

In der Sitzung des Tarifausschusses vom April dieses Jahres wurde dem Vorsitzenden des Bundes nach der fulminanten Anklagerede des Kollegen Döblin seitens der Prinzipalsvertretung eine derbe Lektion erteilt wegen der Pressthekerie und der Angriffe gegen die Tariforgane. Was taten die Bundesmacher darauf? In die Zentrumspresse lancierten sie einen total wahrheitswidrigen Extrakt über die Tarifausschubstiftung! Sämtliche Prinzipalsvertreter im Tarifausschub erhielten hierauf eine Erklärung in jenen Zentrumsblättern, die den bündlerischen Schwindel Bürgenstein strafte. Auf der Generalversammlung in Essen wälzte sich der Erzdemagoge von „Typ.“-Redakteur vor Bergnügen über die Berunglimpungen der Tarifgemeinschaft durch die Dresdner Gewerkekammer, und der Bundesoberkommandierende Stegerwald vom Gesamtverbande hieß das Tarifamt voll christlicher Liebe ein über das andre Mal einen Klügel, den man erst ausräuchern müsse, ehe der Gutenbergsbunde seine glorreiche Mitwirkung in den Tariforganen aufnehmen könne. Nun stellt sich heraus, daß dem Gutenbergsbunde von augenscheinlich zugefander Seite ein diskretes Protokoll vorausfolgt wurde, mit dem dieser die gemeinsten Fälscherkünste begehrt, um einen Mann als verunglimpft, auf den es die Scharfmacher stark abgelehnt haben. Was wird noch kommen?...

Die Demagogie stürzt sich, wie man auch hier sieht, durch immer schnellere Bewegung. Wehe den Leuten, die sich mit dieser Gesellschaft angefreundet haben! Sie werden mit hineingezogen in den unvermeidlichen Zusammenbruch.

Auf Gehilfenseite könnte man eigentlich diabolisch lachen, daß es so weit gekommen ist. Wie recht hatten wir doch, indem in Wort und Schrift unser Standpunkt immer lautete: Mit dieser Gesellschaft an keinen Tisch zusammen! Als nach den Tarifverhandlungen 1911 der „Typ.“ die Lämmer von Gehilfenvertretern verspottete, deren energische Vertretung der Gehilfeninteressen der Bundesvorsitzende aber im Tarifausschub offen anerkannt hatte, da erklärten wir, daß solche Menschen überhaupt unwürdig wären, an derartigen Beratungen teilzunehmen. Der Bundesvorsitzende leugnet bekanntlich alles oder schiebt stets andre als die Urheber vor. Nach den hier gebrandmarkten Selbstenken wäre es nur ein logischer Schluß, wenn Thranert eine spätere Tarifausschubstiftung nach seinem und seiner Getreuen demagogischen Belieben ausschachten würde, obwohl über den Wortlaut des zu Veröffentlichenden niemand schärfer wacht als gerade die Vertreter eines gutenbergsbundebegehrten Kreises.

Es entsteht nun für die Prinzipalität die Frage, ob sie die Frechheiten übermühtiger Präforianer nicht anders zu zügeln weiß als nach dem in Breslau und dann in Leipzig verordneten Rezepten kurz- und schließlich geliebener Medizinmänner. Die Gehilfenvertretung wird in Zukunft erst recht wissen, was sie zu tun hat. Außerdem haben wir ja noch andre Kräftemittel zur Verfügung. Auch wären wir nicht in Zweifel, was auf Seiten der Prinzipale geschehen würde, wenn die Stimmen ausschlaggebend wären, die uns mit einem Poffen nicht aufgenommener Wascheffels über die bündlerische Broschüre zuzingen. In diesen Randbemerkungen und Aufschriften fielen so heftige Worte gegen die Bundesleuchten, daß wir Abstand nehmen mußten, sie hier wiederzugeben. Leider weht in den höheren Regionen der Prinzipalität

nicht diese kräftige Luft. Aber sie muß sich auch dort immer mehr elektrisch laden angeichts solcher Glanzleistungen, hinter die sich ein italienischer Bravo verstecken muß.

Den Redakteur Bringmann vom „Zimmerer“, der unlängst von seinem alten Leiden der Gelpensterehelei befallen wurde und in diesem Koller über die Unparteilichkeit im Hauptartikel des Baugewerbes allerhand Verdächtigungen und Schmähungen ergehen ließ, hat man zu einem denkbar weitgehendsten Widerruf gezwungen. Was geschieht aber mit den wild und blind denunzierenden, Vertrauensbrüche und größte Fälscherkniffe begehenden Machern im Gutenbergbunde?

Weitere Angriffe gegen das Tarifamt.

Eine zweite papierne Kanonade hat Ende August der Gutenbergbund noch gegen das Tarifamt eröffnet, weil dieses ihm einen demagogischen Schachzug seiner Essener Generalversammlung durchkreuzt hat. In der berühmten Denkschrift zur Tarifausschubstzung im April, welche in dieser dem „tapferen“ Bundeshauptmann auch recht kräftig zu Gemüte geführt wurde, ward u. a. die Zulassung des „Typ.“-Redakteurs zu den Verhandlungen des Tarifausschusses verlangt. Mit dem Bedenken, daß die Prinzipalität erst bei Ablauf des gegenwärtigen Tarifs eine einzige Forderung des Bundes zu erfüllen berechtigt wäre: Sitz und Stimme im Tarifausschusse, fand dieser eine materielle Änderung des Tarifs (§ 85) besagende Antrag Abweisung. Die Gehilfenvertretung verhielt sich überhaupt ablehnend.

In Essen wandte man die Schlaumeieraktik an, unter Berufung auf den § 94 mit andern Worten das gleiche zu verlangen. Dieser Paragraph bestimmt die Publikationsorgane der Tarifgemeinschaft. Dem Tarifamt bleibt jedoch die Wahl anderer Blätter zu Veröffentlichungen vorbehalten. Tatsächlich sind auch noch immer andre Fachorgane zu diesem Zwecke benutzt worden, ohne daß diese Blätter dadurch den Charakter von offiziellen Publikationsorganen erhielten. Der Gutenbergbund versuchte nun im frühen zu fischen, stellte den Antrag auf Anerkennung des „Typ.“ als amtliches Organ und gab die damit verbundenen Verantwortlichkeiten dem Redakteur Trefferer, unter Umgehung des § 85 zur Teilnahme an den Verhandlungen einzuschmuggeln. Das Tarifamt hat jedoch unter dem 9. August diesen sauberen Plan mit nachstehendem Entschiede zurückgewiesen:

Der Antrag der Generalversammlung Ihres Bundes: Den Typograph gemäß § 94 des Tarifs als amtliches Organ der Tarifgemeinschaft anzuerkennen, hat das Tarifamt abgelehnt. Ihrem Organe sind bisher schon die Bekanntmachungen des Tarifamts zugeföhrt worden, so daß die Mitglieder Ihrer Organisation über Anordnungen oder Entscheidungen des Tarifamts genau so informiert sind wie die übrigen Mitglieder der Tarifgemeinschaft, so daß Ihr besonderer Antrag nicht begründet ist.

Darob nun wütendes Geheul in der neuen Broschüre, im „Typ.“ und in Wachszeiteln, deren Aufschriften von der Redaktion des Bundesorgans unterzeichnet sind. Der Abdruck der ganz verlogenen Wachszeitel erfolgte wieder fast ausnahmslos in einem Teile der Zentrumspreffe, was bekanntlich für den Gutenbergbund die vielberufene Öffentlichkeit ist. Fast in gleicher Anzahl gingen uns aber auch wieder die nichtaufgenommenen Wachszeitel zu — und abermals mit gepfefferten Bemerkungen gegen den verdächtigungsstollen Gutenbergbund.

Diesmal befahl man sogar die Unverfrorenheit, den Deutschen Buchdruckerverein und die „Zeitschrift“ gegen das Tarifamt wegen dessen ganz korrekter Entscheidung aufzurufen. Die Menschen betreiben, wenn auch mit geringerem Gelingen als sonst, die Korruption der öffentlichen Meinung in einer Weise, daß sowohl die angesprochenen Stellen, namentlich aber das Tarifamt, den gleichen Weg zur Widerlegung wählen sollten. Damit würde auch dem Gutenbergbunde sein Preshpiratenwesen unterbunden werden.

Die „Zeitschrift“ gegen den Gutenbergbund.

Wenn man an die prächtige Absuhr denkt, die im vorjährigen Mai den christlichen Gewerkschaften wie dem Gutenbergbund auf die Broschüre „Buchdruckertarif und öffentliches Interesse“ von dem Prinzipalsorgane zuteil wurde, so wirkt die Abfertigung

diesmal freilich nicht so erfrischend und auch nicht so ernüchternd für die Pamphletisten anderseits. Dazwischen liegt allerdings Breslau!

Was aber die „Zeitschrift“ ohne nähere Bezugnahme auf die neue Broschüre und jedenfalls auch ohne Kenntnis der darin begangenen erbärmlichen Fälscherkniffe sagt, ist immerhin bemerkenswert. Im Auszuge laufe die Abfertigung (die angezogenen Fragen sind im dritten Abschnitte dieses Artikels wiedergegeben):

Der Gutenbergbund sucht sich außerdem noch besonders interessant dadurch zu machen, daß er in regelmäßiger Wiederkehr Enthüllungen über angebliche Mißstände in der Tarifgemeinschaft bringt und einschlägige Broschüren verbreitet. Sehr kündigt er eine neue Broschüre: „Tarifamt der Deutschen Buchdrucker kontra Gewerkschaft zu Dresden“, an, die recht übersichtlich erscheint, nachdem das Tarifamt in seinem Schreiben vom 22. Juli dem bekannten Berichte der Gewerkschaft in Dresden in vollkommen klarer und eindeutiger Weise begegnet ist.

Die Aufstellung der Fragen ist eine Variante der alten Behauptungen des Bundes über seine Zurücksetzung, die durch die angehängten Anwürfe gegen die Tarifgemeinschaft und ihre Repräsentanten und Funktionäre nicht lesenswerter wird, weil sie trotz aller Entgegnungen bis zum Überdruß immer wieder mit dem alten Mittel operiert, die Bedeutung der Kopzahl der Organisationsmitglieder für ihren Anteil an der tariflichen Vertretung zu eskamotieren.

Man kann deshalb auch gar nicht annehmen, daß der Bund seine Aufklärungen an die Gewerkschaften richtet, die doch bis zum letzten Prinzipale wie Gehilfen wissen, daß die Tarifgemeinschaft nicht zwischen Organisationen abgeschlossen ist, sondern als Vertrag zwischen der Allgemeinheit der Prinzipale und der Gehilfen besteht.

Wenn der Gutenbergbund logisch konsequent verfährt, so könnte er seine vier Fragen ganz gut in die eine Frage zusammenfassen: „Sist es richtig, daß sich die Mitgliederzahl des Verbandes und des Gutenbergbundes immer noch wie 20 zu 1 verhält?“

Was die Sozialdemokratie im Verband angeht, so möchte sich der Gutenbergbund darüber klar werden, ob er den Verband als sozialdemokratisch bezeichnen darf, weil dieser gewerkschaftlich konsequent für Borkhoff, Streik und Sympathiestreik eintritt, oder weil die Mehrzahl seiner Mitglieder Sozialdemokraten sind.

Im ersten Falle kann als Gegengewicht doch nur eine Gewerkschaft wirken, die solche Methoden verwirft und sich auf dem Standpunkt der „Wirtschaftsfreiheit“ stellt, im andern Falle kann eine allgemeine Umlagerung der Elemente nur die Bedeutung haben, daß die „Sozialdemokratie“ von dem alten Verband in den Konkurrenten einzieht, und dann ist für diejenigen Prinzipale, die grundsätzlich nur nichtsozialdemokratische Gehilfen beschäftigen wollen, auch wieder nichts geändert.

Die „Zeitschrift“, die aus eignem nichts zu dem Skandale des „Gufachens“ der Dresdner Gewerkschaften gelangt hatte, pflichtete damit also der Gegenklärung des Tarifamts bei. Dann gibt sie dem Gutenbergbunde seine zahlenmäßige Unbedeutendheit innerhalb der Gehilfenschaft und seine bis zum Anekeln widerwärtige Kampfweise mit den offenen Kamellen so deutlich zu verstehen, daß damit viel, wenn auch noch nicht alles gesagt ist. Die Niedrigkeit der solche Machinationen beherrschenden Gesinnung hätte wohl kräftigere Akzente verdient.

Indes, man weiß ja nicht, was noch kommen kann. Der „Typ.“ fällt nämlich in seiner neunten Nummer (5. September) nun auch über die „Zeitschrift“ her. Das Wenige, was das Prinzipalsorgan dem Gutenbergbund in das Stammbuch geschrieben, hat den hellen Zorn der Bundeschriften erregt, und über die „Zeitschrift“ ergießt sich ein ganzer Kübel voll Unrat. Dabei ereignet sich das wunderbare Zusammenreffen, daß zu gleicher Zeit der „Typ.“ der „Zeitschrift“ vorwirft, sie habe abermals „dem Befehle des zornentbrannten „Korr.“ gehorcht, sei wieder einmal vor dem Verbands zusammengekommen, während die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die ja Trefferer sehr nahesteht, in einer „Langsam wird's Tag“ überschriebenen Notiz große Freude äußert, daß sich neuerdings die „Zeitschrift“ „mit großer Schärfe gegen den sogenannten neutralen Buchdruckerverband“ wendet. Tableau!

Der „Typograph“ fordert die „Zeitschrift“ geradezu heraus. Man kann also annehmen, daß diesem „Wunsch“ entsprochen wird. Vielleicht kommt es bei der Gelegenheit dann zu einer Deutlichkeit, wie sie die „Graphische Welt“ in ihrer ersten Augustnummer anwandte, um die auf der Bundesgeneralversammlung gegen die Faktoren ausgesprochenen Verdächtigungen zu kennzeichnen.

In ihrem besinnungslosen Denunziationstaumel muß diese Gesellschaft ja alles gegen sich aufpeitschen. Da können die leitenden Prinzipalskreise und die „Zeitschrift“ doch nicht allein Fischblut bewahren. Vielleicht leuchtet noch die Erkenntnis auf, daß hinsichtlich des Gutenbergbundes die Gehilfenvertretung doch stets den sichersten Instinkt gehabt hat. Die Rechnungsträger gegenüber der Öffentlichkeit ist für die Kabb, denn diese sogenannte Öffentlichkeit wird ja systematisch belogen. Wäre der Gutenbergbund ein einigermaßen anständiger Gegner, würde er auch in angemessener Weise berücksichtigt werden. Selbst ist er seinem Ziel enfferner denn jemals! Das kommt von dem christlich-gewerkschaftlichen Größenwahn einer und seinem schosfen Treiben anderseits. Die anständige Prinzipalität rückt weit ab von dem Arbeitgeberverbande; mit seinen Sekundanten, den Spießgesellen jedweden Scharmachertums kann sie daher doch nicht sechselfecheln. Wir erst recht nicht!

Heuchler! Heuchler!

Wer sich aber „christlich“ nennet und folget Christum nicht nach, der ist ein Heuchler. So also sieht ein sich christlich nennender Mensch aus, wenn man ihm die Larve vom Gesichte reißt! Und wie elendiglich steht ein solcher da, wenn man ihn in Nachtgestalt vorführt — ihn seines Scheins beraubt! Welcher anständige Mensch würde einem solchen Manne Gefolgschaft leisten? Gewiß niemand!

Heuchler sind aber eine ganz besondere „Spezialität“. Sie hängen sich gern ein Mäntelchen um, welches nach jeder Richtung hin Wunder zu tun imstande sein soll. Ein Heuchler ist ein Mensch ohne Charakter, der es immer darauf abzieht, andere zu täuschen. Es ist daher keine Seltenheit, daß sich solche Leute „christlich“ nennen. Sie sind die, welche auf der Gasse stehen und es laut ausrufen; sie wollen gehört und gesehen sein.

Nun ist ja selbstverständlich jedem wahren Christen ein solches Getue ein Abscheu. Ein Heuchler stört sich aber nicht daran. Mit vielen Fangarnen ausgestattet, streckt er dieselben nach allen Richtungen aus, um doch etwas zu ergattern. Er liebt das Dunkel. Auf seinem Raubzuge fällt ihm dann wohl einiges zum Opfer, was er zu seinem Anhang zählt. Durch sein scheinheiliges Wesen verblendend er diesen Anhang und macht ihn sich gefügig. Er ist auch imstande, durch ganz eigenartige Kunststücke andere Leute zu gewinnen. Und das gelingt schon deshalb, weil es der Teufel, die in Angst und Furcht leben, noch genug gibt.

Ein Heuchler kennt sich natürlich im „Wursthackel“ ganz genau aus, und da ein bißchen und dort ein bißchen denunziert, kann zur Gewinnung „weiter Kreise“ nichts schaden.

Ein Heuchler versteht es auch, so zu tun, als wäre er eine Größe, und in diesem Größenwahne bellt er dann den Mond an. Eine weitere Eigenschaft des Heuchlers ist die, daß er schwer gefangen werden kann; weil er so glatt wie ein Aal ist. Nur ganz gelübte Menschen können sich damit befassen und ihn „zerlegen“.

Unter die Lupe genommen, hat ein sich „christlich“ nennender Heuchler nicht ein Jota von dem, was mit wahren Christentum in Einklang zu bringen wäre. Das muß unbedingt zur Folge haben, daß jeder wahre Christ sich von solchen Leuten absondert.

Dies sei nur deshalb gebracht, weil man schon hören mußte, wir wollten das Christentum bekämpfen. Das ist eine Unwahrheit. Jeder wahre Christ ist unser Bruder, nicht aber die, so in unserer Nachbarschaft wohnen und aller schlechten Eigenschaften voll sind. Wir kennen sie und meiden sie deshalb auch.

Karlruhe.

R. E.

Die Gewerkrankheiten der Buchdrucker* Heuchler!

II.

Nun zur nächstwichtigen Gewerkrankheit des Buchdruckerberufs: zur Bleivergiftung. Sie galt stets als eine hervorragende Berufskrankheit der Buchdrucker. Wenn das nach den Statistiken auch nicht der Fall zu sein scheint, so ist sie doch noch eine ziemlich häufige und immer recht langdauernde Krankheit dieses Gewerbes. Nach Sommerfeld erkrankten unter 100 Buchdruckern 1,07 Personen an Bleivergiftung, von 100 Krankheitsfällen der Buchdrucker sind 2,51 Bleikrankheit. Höhere Zahlen bringt die Statistik der Wiener genossenschaftlichen Krankenkasse der Buchdrucker, welche die Jahre 1890—1902 umfaßt und auf 100 Mitglieder 2,44 erwerbsunfähige und 3,38 erwerbsfähige, im ganzen also 5,82 Fälle von Bleivergiftung berechnet. Von den 2386 Bleikranken während dieser 13 Jahre starben 12 an dieser Krankheit. Es wird dabei allerdings erwähnt, daß namentlich die Hilfsarbeiter es dort an den elementarsten Begriffen von Reinlichkeit fehlen lassen. Wie verschieden die einzelnen Kategorien der Buchdruckerarbeiter von dieser Krankheit betroffen werden, zeigt folgende Zusammenstellung:

Von 100 Mitgliedern der Wiener Genossenschaftskrankenkasse der Buchdrucker vergehen an Bleivergiftung in den Jahren 1890 bis 1902 die

Schiffseher	2,55	Erkrankungen, 2 Todesfälle
Drucker und Maschinen- seher	1,46	" 0 "
Schiffseher	7,68	" 5 "
Silbsarbeiter	1,09	" 0 "
Silbsarbeiterinnen in den Druckereien	0,52	" 0 "
Silbsarbeiterinnen in den Schiffsehereien	22,28	" 5 "

Proportional am höchsten stehen hiernach die Silbsarbeiterinnen der Schiffsehereien, welche am meisten der Verunreinigung mit Blei ausgesetzt sind.

Das Blei gelangt fast stets mit den Fingern in den Mund und nimmt von da seinen Weg in den Körper. Was durch die Atmungsluft hineingelangt, ist dagegen als minimal anzuschlagen, doch ist durch genaue chemische Untersuchungen nachgewiesen, daß der Staub der Luft der Seheräle bleihaltig ist. Noch mehr Blei entfällt natürlich der Staub, welcher sich in den Gehäusen ansammelt, bei deren Reinigung die Gefahr, bleihaltigen Staub einzunehmen, besonders groß ist.

Die häufigste Form, in der die Bleivergiftung bei den Buchdruckern auftritt, ist die Bleistolik. Es tritt Verstopfung ein mit allen Abstufungen des Leibesmerzes, vom leichtesten Stöchen und Ziehen bis zum heftigsten Krampfe, der vom Nabel ausstrahlt und unerträglich werden kann. Der Leib ist dabei meist hart und eingezogen.

Eine andre Form der Bleivergiftung ist die Bleilähmung. Sie tritt meist plötzlich auf in der Weise, daß die Streckung der Finger in ihren Grundgliedern unmöglich wird. Es kommen ferner heftige Gelenk- und Kopfschmerzen durch Bleivergiftung vor.

Die schwerste Form der Bleivergiftung ist die durch dieses Gift hervorgerufene Gehirnschädigung; es treten schwerer Kopfschmerz, Krämpfe, Delirien, schließlich Bewußtlosigkeit auf, worauf häufig der Tod eintritt. Diese Form kommt bei Buchdruckern äußerst selten vor. Man findet sie fast nur noch in solchen Betrieben, in welchen sich Bleidämpfe entwickeln, also bei dem Verhüttungsprozesse des Bleis, in den Bergwerken.

Bei der Besprechung dieser Gewerbekrankheit darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß das Blei zweifellos nachteilig auf die Schwangerschaft einwirkt. Bei den weiblichen Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin kamen im Jahre 1904 1,1 Proz., bei denen der Ortskrankenkasse der Buchdrucker 2,1 Proz., also fast doppelt so viel Fehlgeburten vor. Bei vier mit Blei beschäftigten Frauen, welche 15 Schwangerchaften durchgemacht, wurden festgestellt: 10 Fehlgeburten, 2 Frühgeburten, 1 Totgeburt, 1 Todesfall, 1 lebendes Kind.

Nach ausführender ist insbesondere, daß die Bleivergiftung, welche Rücklicht genommen ist auf den Verlauf der Schwangerschaft vor der Bleibeschäftigung. Wir sehen hier bei fünf Frauen neun normale Schwangerschaften und Geburten während der Zeit, wo sie noch nicht in Bleibetrieben beschäftigt waren. Ganz anders wird aber das Bild von dem Moment an, wo die Bleiarbeit beginnt. Jetzt treten ein: 26 Fehlgeburten, 1 Frühgeburt, 2 Totgeburten, 5 Todesfälle der Kinder während der Geburt, und nur 2 lebende Kinder wurden normal geboren.

Daß das Blei durch den mütterlichen Organismus auf das Kind übergehen und dasselbe schwer schädigen kann, beweist folgender Fall: Eine zwölf Jahre lang bleifranke Geheuerin wurde sechsmal schwanger, sie hatte fünf Fehlgeburten und gebar einmal ein lebendes Kind. Dasselbe starb nach sieben Monaten unter Krämpfen. Es fand sich bei der Sektion: Leberchrumpfung. Die Leber enthielt 16 Proz. Blei.

Auf Grund dieser Tatsachen sollten schwangere Frauen in bleigefährdeten Betrieben nicht verwendet werden; namentlich nicht in den Schiffsehereien.

Eine nicht so leicht in die Augen fallende Berufskrankheit der Buchdrucker ist die Neurasthenie, die Nervenschwäche. Es ist erstaunlich, daß in allen Krankenkassen die Buchdrucker einen auffallend höheren Prozentsatz an Nervenleiden stellen als die andern Gewerbe. Diese Nervenschwäche äußert sich in Mattigkeit, Abgeschlagenheit, häufig verbunden mit Blutarmut, Schlaflosigkeit, Erregungszuständen, Herzklappen, Schmerzen in allen möglichen Gegenden, ohne daß die genaueste Untersuchung einen Grund dafür findet, in Appetitlosigkeit und ähnlichen Erscheinungen mehr.

Es liegt die Vermutung nahe, auch diese Symptome dem Blei zur Last zu legen, aber das ist eben nur eine Vermutung; sicherlich ist es doch der Beruf an und für sich, besonders der der Seher, welcher hohe Anforderungen an die Nerventätigkeit stellt und so leicht zur Nervenüberreizung und schließlich zur Nervenermüdung, zur Nervenschwäche führt.

Eigentliche Gewerbekrankheiten der Buchdrucker kann man auch eine Krankheitsgruppe nennen, welche die Erscheinungen von mangelhafter Blutzirkulation im Untersehenkel und Überanstrengung der Füße durch übermäßig langes Stehen umfaßt. Es sind das die häufigsten Fälle von Krampfadern, Interphalangealgewahren und Plattfüßen, welche unter den Angehörigen des Buchdruckergewerbes in die Erscheinung treten.

Zu den Gewerbekrankheiten des Buchdruckerberufs sind endlich auch die Hautkrankheiten zu zählen, welche als Ekzeme der Hände und der Vorderarme sich präsentieren und zweifellos durch die verschiedenen Reizungen hervorgerufen werden, die von der Buchdruckerwärme und andern in den Buchdruckereien angewandten Chemikalien herrihren.

Wenn sich in den letzten Jahren sowohl die Arbeiter selbst als auch die Wissenschaft und die staatlichen Verwaltungsorgane mehr und mehr mit dem Studium der Gewerbekrankheiten beschäftigt haben, so war der vornehmste Zweck dieses Studiums und des dadurch gewonnenen Zahlenmaterials, Mittel und Wege zu finden, durch welche es ermöglicht wird, die Schäden, welche mit der Ausübung eines bestimmten Gewerbes verbunden sind, soviel wie möglich zu beseitigen und die durch sie bedingten Krankheitsfälle auf ein Minimum zu reduzieren. Darum noch einiges über die Lehren, welche das Studium der Gewerbekrankheiten der Buchdrucker nach dieser Richtung gibt.

Es sei wieder mit der Lungentuberkulose und mit der Frage ihrer Bekämpfung, insbesondere der Prophylaxe, der Verhütung dieser verderblichen Seuche, begonnen. Auf welche Weise können wir die Momente, welche im Buchdruckergewerbe hauptsächlich zur Tuberkulose geneigt machen, nach Möglichkeit ausschalten?

Die allgemeinen Schutz- und Vorbeugungsmaßregeln decken sich natürlich mit denen, die man überhaupt als wirksam gegen die Verbreitung dieser Krankheit erkannt hat. Die Tuberkulose ist hauptsächlich eine Seuche der arbeitenden Bevölkerung und ihre Bekämpfung gipfelt in der Forderung, die soziale Lage dieser Klassen zu heben, ihre Lebensverhältnisse besser zu gestalten. Es gehört hierzu eine hygienische Regelung der Arbeitszeit in dem Sinne, daß der Körper genügende Arbeitspausen zur Verjüngung hat, um seine Ausgaben an körperlichen und geistigen Kräften wieder zu decken. Dazu gehört ferner eine zweckmäßige, genügende Ernährung, weshalb die Beschaffung guter, billiger Nahrungsmittel eine Frage von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist.

Eine Hauptwaffe in unserm Kampfe gegen diese Krankheit ist ferner eine gesunde Wohnung für die arbeitende Bevölkerung. Enge, überfüllte, schlecht gelüftete, feuchte Wohnungen, die leider nur zu oft der arbeitenden Bevölkerung zum Aufenthalt dienen, brechen die Widerstandskraft des Körpers und schaffen eine große Disposition zur Tuberkulose, während andererseits eine geräumige Wohnung mit viel Licht und Luft, womöglich mit einem Gärtchen dabei, der beste Schutz dagegen ist. Bei dieser Frage kann der jetzt in vielen Städten geplante Bau von billigen Einfamilienhäusern eine große, segensreiche Rolle spielen. Es gehören schließlich hierher noch die bekannten Wohlfahrts-einrichtungen für die arbeitenden Klassen: Krankenfürsorge, Unfall-, Alters-, Invaliditätsversicherung.

Alle diese Maßnahmen sind, wie gesagt, allgemeiner Natur und betreffen alle Gewerbe in gleicher Weise; doch sind außerdem noch einige zu erwähnen, welche das Buchdruckergewerbe speziell angehen. Hier ist nun vor allem wichtig, alle schon tuberkulösen oder zu Tuberkulose neigenden Personen vom Buchdruckerberufe fernzuhalten. Sie weisen Kreisen, besteht die Meinung, daß der Beruf des Seherarbeiters, Druckers, Setzers, und wenn der Arbeiter nach „Anlicht“ der „Ehem“ nicht viel ansalteln kann; so verliert man es damit, ihn in die Druckerei als „Beztling“ zu schicken. Das ist durchaus falsch, und es kann gegen diese Anschauung nicht genug angehämpt werden. Nur an Körper und Geist ganz gesunde junge Leute sollten diesen Beruf ergreifen, und es können vielleicht die Schulärzte in Zukunft dazu beitragen, daß es damit besser wird.

In den Arbeitsräumen, besonders in den Seherälen, ist für genügenden Luftstrom und genügende Ventilation Sorge zu tragen. Es muß ferner dafür gesorgt werden, daß aller Staub vermieden wird, weshalb neben sonstigen zweckdienlichen Maßnahmen die Arbeitsräume häufig nach aufgewirbelt werden müssen. Natürlich darf nie auf den Boden ausgepöckelt werden, sondern es müssen mit Wasser gefüllte Spundnäpfe bereitstehen zur Benutzung.

Schließlich dürfen keine an offener Augentuberkulose leidende Arbeiter beschäftigt werden, weil diese eine große Gefahr für die Mitarbeiter bilden.

Bei der Frage der Verhütung der Bleikrankheit kann auf vieles schon bei der Tuberkulosenbekämpfung Gesagte hingewiesen werden. Da einwandfrei nachgewiesen ist, daß der Flugsstaub in der Luft der Buchdruckereibetriebe bleihaltig sein kann und oft auch ist, muß mit Rücksicht auf diese Krankheit alles getan werden, um die Arbeitsluft staubfrei zu halten.

Da jedoch das meiste Blei in den Körper durch die Verdauungsorgane gelangt, spielt hier die persönliche Reinlichkeit eine große Rolle. Nie darf jemand, der in einer Druckerei oder in einem andern bleigefährdeten Betriebe beschäftigt ist, etwas essen oder trinken, ohne vorher Finger und Hände auf das allerjüngstige gereinigt zu haben. Auch sollte nie im Arbeitsraume selbst eine Mahlzeit eingenommen werden. Schließlich ist das Benetzen der Finger mit Speichel beim Arbeiten, abgesehen davon, daß es eine sehr unschöne Gewohnheit ist, äußerst gefährlich und führt mit Sicherheit zur Bleivergiftung.

Was die Verhütung und Bekämpfung der immer mehr überhandnehmenden Nervenschwäche angeht, so spielt hierbei die Regelung der Arbeitszeit eine große Rolle, insbesondere verlangt besonders anstrengende Tätigkeit auch reichlich bemessene Erholungspausen. Vor allem für die Nerven gefährlich ist bekanntlich die Nacharbeit, deren gesundheitgemäßer Regelung besondere Beachtung zuzuwenden ist. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß die in besonders anstrengenden Betrieben beschäftigten Arbeiter im Genuße von Tabak und Alkohol recht mäßig sein müssen.

Bei der letzten Krankheitsgruppe, welche durch mangelhafte Blutzirkulation im Untersehenkel und Überanstrengung der Füße entsteht, auch bei den Gewerbeekzemen, läßt sich weniger über Verhütungsmaßregeln sagen. Es sind dies Krankheiten, bei welchen die persönliche Veranlagung

eine große Rolle spielt, und welche von Fall zu Fall ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen müssen, wobei es, wie bei den Gewerbeekzemen, nötig werden kann, daß der Beruf gewechselt werden muß.

Die Hygiene, speziell die Gewerbehygiene, arbeitet unablässig daran, die Gefahren, welche unter modernem Erwerbsleben mit sich bringt, zu mindern und ihre Folgen zu bekämpfen. Und wenn auch noch vieles zu tun übrig bleibt, so dürfen wir doch auch Befriedigung darüber empfinden, das schon manches erreicht ist.

Wir stehen einer Vergangenheit nicht allzufern, in der man sich kränkte, menschenrechtliche und Gesundheitsfragen mit wirtschaftlichen in näheren Kontakt zu bringen, in der das Augenmerk einseitig auf die Maschine und den Gewinn, welchen sie erzeugte, gerichtet war. Die Gegenwart erhebt jedoch mit Recht den Anspruch, jede wirtschaftliche Schöpfung von dem Fragepunkte zu schätzen, nicht allein, ob sie Brot zu schaffen, sondern ob sie den Arbeiter, statt ihn niedersubduieren, aus der Misere emporzuheben, ihn gleichsam aus einem Maschinenteile zu verwandeln vermag in den Repräsentanten eines idealen Merks: eines Menschendaseins. Wieviel hierbei der Hygiene, speziell der Gewerbehygiene verdankt wird, bedarf keines Beweises.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Breslau. In der Mitgliederversammlung vom 27. August gedachte der Vorsitzende nach einem Nachruf für August Bebel des Ablebens der Kollegen Joseph Rade und Friedrich Schmitz. Nachdem vier Aufnahmen vollzogen waren, sprach unser Vorsitzender Särkel über „Tarifliche und allgemeine Zeitrfragen“, wobei er unter Benutzung einiger Artikel der „Zeitschrift“ und des „Typograph“ sowie auch des „Korr.“ die neuesten Vorkommnisse auf tariflichem und gewerblichem Gebiet in zusammenhängender Weise darlegte und hierbei auch auf die neueste Broschüre des Guttenbergbundes einging und den Wunsch aussprach, daß auch das Tarifamt durch eine Broschüre die Öffentlichkeit über die tarifgemeinschaftsschädigende Handlungsweise des Guttenbergbundes aufklären müßte, damit diese nicht nur einseitig beeinflusst würde. Gehten, die eine derartige Kampfesweise mit ihrer gewerblich-fachlichen Ehre vereinbaren könnten, dürften in Zukunft mit ihrem Verlangen nach „Gleichberechtigung“ überhaupt nicht in Betracht kommen. Es müßte auch allen fernstehenden Kreisen zum Bewußtsein gebracht werden, daß alle, die diese schmachtvolle Handlungsweise einer kleinen Gruppe unterstützen, den Frieden im Gewerbe gefährden und dadurch das Gewerbe selbst schädigen. In weiteren Worten ging der Referent auf die große Arbeitslosigkeit ein, welche keine vorübergehende mehr zu nennen sei, und berichtete von der Hand einiger Auswanderer, die der „Zeitschrift“ wider die Arbeitslosigkeit nach der „Macht“ in Bräutigamsreisen gefeuert werden könnte. Zum Schluß richtete Kollege Särkel lehrreiche Worte an die Kollegen, aus der gefährdeten Situation die nötigen Schlüsse zu ziehen. Auch unser Gattorvortreiber Fiedler ging auf einige Artikel in den obengenannten Fachzeitschriften ein und betonte, daß sich jeder der Schwierigkeiten im Gewerbe und der höheren Anforderungen bewußt werden müßte. Hierauf erstattete Kollege Schubert die Abrechnung über das Stützungs- und das Johannistfest, deren Kosten von der Verammlung bewilligt wurden. Einige lokale Bekannmachungen beschloß die lehrreiche Versammlung.

Besitz Mülsburg. Die dritte Versammlung unseres Bezirks tagte am 31. August in Samborn. Es dürfte wohl keine zweite Großstadt geben, wo so wenig Jünger der schwarzen Kunst beschäftigt werden wie in Samborn; sind es doch ihrer kaum ein Duzend. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel. Aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums unseres Kollegen Döblin als Verbandsvorsitzender feierte Kollege Palecki in warmen Worten die Verdienste des Jubilars. Weiter kam der Vorsitzende auf die „wettbewerbende“ Tagung des Guttenbergbundes zurück. Er zeigte den Kollegen, daß der Bund durch widerliche Reklame und Aufschneiderei viel Bedeutung zu verschaffen suche. Die Behauptungen der Bundesleuchten, daß der Guttenbergbund jetzt den Kollegen an Unterstützungen mehr gebe als der Verband, konnte Redner durch Gegenüberstellung der beiderseitigen Unterstützungseinrichtungen auf ihren wahren Wert zurückführen. Auch die neue vom Bunde herausgegebene Broschüre, die hundertmal Widerlegtes wiederholt, fertigte Redner in treffenden Worten ab. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung gab der Vorsitzende ein heißig aufgenommenes Referat über die Tätigkeit des heiligen Schiedsgerichtes. In der darauffolgenden kurzen Diskussion gelangte ein Antrag zur Annahme, der besagte, daß die Tarifamtsentscheide der Mitgliedern des Bezirkes zugänglich gemacht werden sollen, dergestalt, daß für alle Druckereien, welche mehr als zehn Gehilfen beschäftigen, ein Exemplar beschafft wird, für die übrigen Gehilfen ein weiteres Exemplar. Nachdem dem Kassierer Wesslau einstimmig Entlastung erteilt worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Anwesend waren aus Duisburg 38, aus Mülsheim 14, Ruhrort 12, Oberhausen 9, Samborn 4 und Sterkrade 5 Kollegen.

Frankfurt a. M. (Korrekturen.) Die heiligen Mitglieder des Mittelrheinischen Korrektorenvereins haben sich jetzt zu einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Zum Obmann wurde Kollege Hugo Zander gewählt. Es finden jeden ersten Montag im Monate Zusammenkünfte im „Gewerkschaftshaus“ statt, und wenn auch die Mitgliederzahl augenblicklich noch klein ist, so steht doch zu hoffen, daß

die Ortsgruppe fernerhin blühen und im Laufe der Zeit zu einem lebenskräftigen Vereine heranwachsen wird.

Seibronn a. N. Am 1. September abgehaltene Mitgliederversammlung gestaltete sich dadurch besonders interessant, daß ein Vortrag über „Die wirksamere bergische Steuerverordnung“ mit auf der Tagesordnung stand. Als Referenten hatten wir Herrn Land- und Reichstagsabgeordneten Keil gewonnen, der sich als recht gut vertraut mit dieser Materie erwies. In längerem, gut durchdachten Ausführungen machte er die Anwesenden insbesondere mit der Einkommensteuerverordnung bekannt. Von geringem sozialen Verständnis zeugte es, daß die Gesetzgeber in Württemberg das steuerpflichtige Mindesteinkommen auf 500 Mk. festgesetzt hätten. Am Schlusse seines belehrenden Vortrags erntete der Referent reichen Beifall, und der Vorsitzende sprach ihm namens der Versammelten Dank aus. Die übrigen Tagesordnungspunkte waren meist lokaler Natur und fanden reiche Erledigung. Nicht unerwähnt möge bleiben, daß Vorsitzender Knapper auch der Sitzverlegung des Verbandes vorstandes von Stuttgart nach Berlin vor genau 25 Jahren gedachte und insbesondere unsern bewährten Vorsitzenden Döblin Worte der Anerkennung zollte. Wohl aus dem Herzen aller Kollegen sprach er, wenn er den Wunsch ausdrückte, daß es Döblin sowohl als auch seinem Vorstandsgepalten Ciffer noch lange vergönnt sein möge, in guter Gesundheit für ihr Lebenswerk, unsern Verband, wirken zu können.

Leipzig. (Korrekturenverein.) In der Versammlung vom 1. September gab der Kassierer den Halbjahrsbericht, den die Versammlung genehmigte. Hierauf hielt Kollege Kömer einen lehrreichen Vortrag über: „Die tarifliche Rechtsprechung im Buchdruckgewerbe“. Mit gespanntem Interesse verfolgten die Zuhörer die Ausführungen des Vortragenden, der in geschickter Weise die verschiedenen Streitpunkte beleuchtete und erläuterte, die zu Klagen Anlaß geben. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde u. a. bekanntgegeben, daß einige Leipziger Firmen auswärtige Korrektoren anstellten, trotzdem gegenwärtig viel hiesige Kollegen in Leipzig vorhanden sind. Entsprechen diese herbeigeholten Kräfte den Ansprüchen der betreffenden Firmenleiter nicht, dann fliegen sie nach kurzer Zeit wieder heraus, und unsere Arbeitslosigkeit wird dadurch noch höher. Die Versammlung bedauerte und verurteilte dieses Gebahren. Auswärtige Kollegen, die von Leipzig aus Stellenangebote erhalten, sollten in ihrem eignen Interesse vorher Erkundigungen einholen. Ein Kursus im Deutschen wird mit der Typographischen Vereinigung gemeinsam veranstaltet, als Lehrer betätigen sich zwei unserer Mitglieder, die Kollegen Mauff und Selmholtz. Vier neue Mitglieder trafen dem Vereine bei.

Leipzig. (Schriftgießer.) Die am 27. August stattgehabte Mitgliederversammlung ehrte in üblicher Weise die verstorbenen Mitglieder G. Geißler und Fr. C. Walter sowie den verdienstvollen Arbeiterführer H. Bebel. In ausführlicher Weise wurde sodann über den hiesigen Schriftgießerverkehr Bericht erstattet. Nach sechs Jahren waren die Vertreter der deutschen Schriftgießer wieder zusammengekommen, um Mittel und Wege zu suchen, die Verhältnisse im Berufe zu bessern. Die Fortschritte auf machsigem Gebiete, die rapide Zunahme der Schmalzmaschine die jetzt herrschende Krise verringern die Arbeitslosigkeit der Schriftgießer immer mehr. Aus den Situationsberichten war zu entnehmen, daß eine Arbeitslosigkeit im Gewerbe vorhanden ist, wie sie seit langer Zeit nicht zu verzeichnen war. Es war daher eine Hauptaufgabe des Kongresses, Auswege zu finden, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Verschiedene waren die Anregungen und Vorschläge hierzu; dabei wurde vor allem hervorgehoben, daß der Lehrlingskatalog sowie der Ausbildung der Lehrlinge mehr Beachtung geschenkt werden müsse als bisher. In tariflicher Beziehung war zu konstatieren, daß die einzelnen Tarife wieder auf längere Zeit festgelegt worden sind, und daß bei den Tarifrevisionen mehrfach Erhöhungen einzelner Positionen eintreten. Die Organisationsverhältnisse konnten als befriedigend bezeichnet werden. Der Wert der Statistik wurde allgemein anerkannt, und es wurde beschlossen, dieselbe noch mehr zu erweitern und auszubauen. Die Besprechung der Bezahlung der Monotypiegeschaltmaschine zeigte, daß ein recht ansehnlicher Teil Kollegen bereits daran beschäftigt ist. Es soll danach getrebt werden, immer tüchtigere Kollegen heranzubilden, welche auch dann an dieser Maschine ihr Fortkommen finden können. Die einzelnen Beschlüsse des Kongresses wurden noch speziell besprochen und auf die Berichte im „Korr.“ und in der Tagespresse verwiesen. Nach kurzer Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Arbeiten des Kongresses einverstanden und verpflichtet sich, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken.“ Mit dem Hinweis auf einen in der nächsten Versammlung stattfindenden wichtigen Vortrag schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mainz. In der Bezirksversammlung vom 30. August widmete der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen großen Führer der Arbeiterkraft August Bebel einen warmempfundnen Nachruf. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Die Tagesordnung war nicht besonders umfangreich und fand in allen Teilen glatte Erledigung. Der Punkt „Gesellschaftliches“ brachte in der Hauptfrage Angelegenheiten lokaler Natur. Neu aufgenommen in die Organisation wurde ein Kollege. Die mangelhaften An- und Abmeldungen der konditionslosen Kollegen beim Arbeitsnachweise gaben dem Nachweisesverwalter Heinrich zur Beschränkung Anlaß. Am in dieser Hinsicht Remedium zu schaffen, wurde beschlossen, für die Folge die Konditionslosenunterstützung nur gegen Vorzeigung der Arbeitsnachweiskarte auszusprechen. Die Beratung der zum Gange in Mainz gestellten Anträge zeigte

eine längere Aussprache. Einleitend besprach Vorsitzender Conrad in ausführlicher Weise die gedruckt vorliegenden Anträge, indem er sie in ihrer Wirkung auf die heutigen Verhältnisse einer Würdigung unterzog. Von dem Referenten und den Diskussionsrednern wurde besonders die jetzige Stellungnahme des Gauvorstandes in der Frage der Errichtung einer Gauzahnkassenkasse behandelt. Die Errichtung einer solchen Kasse ist jetzt noch so notwendig als vor drei Jahren, wo ihre Gründung vom Gauvorstande so quasi befürwortet wurde; denn die kommende Reichsversicherungsordnung bietet keinen genügenden Ersatz dafür und die von der Danziger Generalversammlung erwartete Ausgestaltung der Krankenunterstützung sei nicht erfolgt. Die Wahl der Delegierten zum Gausaule wurde, in der Versammlung vorgenommen. Als Delegierte des Bezirks wurden die Kollegen Conrad, Weirich, Blaische (Singen), Wann, Kries, Opeller, Rufhus (Alzen) und Link gewählt. Einen Bericht aus dem Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Brüner. Daraus ist erwähnt, daß die neugegründete Zentralbibliothek ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Zur Finanzierung dieses Unternehmens wird auf Beschluß des Kartells von den angeschlossenen Gewerkschaften ein Beitrag von 2 Pf. pro Mitglied und Quartal erhoben, womit die Versammlung debattelos einverstanden war. Mehrere Hinweise betreffend den Gausaule und ein Appell zu zahlreichem Besuche des damit verbundenen Festkommers aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Gaus bildeten den Schluß der Versammlung.

G. Mannheim. In der am 30. August stattgehabten Mitgliederversammlung machte Vorsitzender Rauser zunächst Mitteilung über das vergebliche Bemühen des Gauverbundes, durch Gründung eines „Bezirksvereins für Nordbaden“ hier festen Fuß zu fassen. Im weitern erstuchte er, die Mitgliedschaft beim „Freien Bund“ erneuern zu wollen. Die Karten seien bereits ausgestellt und könnten am Eingange zur Kunsthalle in Empfang genommen werden. Desgleichen wurde auf bessere Einhaltung der Krankenvorschriften hingewiesen, da der Vorstand in letzter Zeit genötigt war, wegen Übertretung dieser Vorschriften Strafen auszusprechen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum diesjährigen Gausaule und Beratung der vorliegenden Anträge. Es wurde zunächst die Tagesordnung besprochen, hierauf trat man in die Beratung der gestellten Anträge ein. Betreffs der Errichtung einer Gaukrankenzahnkassenkasse nahm die Versammlung einen ablehnenden Standpunkt ein, d. h. insoweit eine Erhöhung des Beitrags damit verknüpft wäre. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Margena.

Speier. Ausnahmsweise fand die diesmalige Versammlung Montags, und zwar am 1. September, statt. Der Vorsitzende gedachte eingangs der heute vollendenden 25-jährigen Tätigkeit des Kollegen Döblin und schloß in sinnigen Worten dessen Verdienste um unsern Verband. Die Versammlung dankte ihm seinen Dank an unsern Verbandsvorsitzenden durch ein Telegramm ab. Eine von der letzten Versammlung zurückgestellte Aufnahme fand ihre Erledigung. Nun wurden die Anträge zum Gausaule beraten. Den Delegierten wurde aufgetragen, sich gegen jeden Antrag zu wenden, der einen erhöhten Beitrag im Gefolge haben könnte, so z. B. die vom Bezirksvereine Mainz beantragte Gründung einer Gaukrankenzahnkassenkasse. Als Delegierte wurden die Kollegen Dirsch und Aßler gewählt. Nach Erstattung des Kartellberichts wies der Vorsitzende noch auf die bevorstehende Ortskrankenkassenwahl hin, die besonders in unserm Bezirke sehr umständlich sei, da die Wahl der Arbeitnehmer getrennt vorgenommen wird, und zwar wählen die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Seimarbeiter in einer Abteilung und die gewerblichen Arbeiter ebenfalls in einer solchen. Neben diesem Umstand ist noch eine sechsfache Säufung des einzelnen Kandidaten gestattet. Mit der Aufforderung zur zahlreichen Beteiligung an dieser Wahl wurde die Versammlung geschlossen.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Ferien! Die Buchdruckerei M. Flügel in Geesbach bei Hamburg bewilligte ihrem Personal zum ersten Male drei freie Tage ohne Karenz.

Stiftung für das Schriftmuseum. Prinz Johann Georg von Sachsen hat für das Deutsche Schriftmuseum bzw. für die kulturgeschichtliche Abteilung der internationalen Buchgewerbeausstellung in Leipzig im Jahre 1914 eine wertvolle Stiftung gemacht.

Vorfall der Bezeichnung „Drucksache“. Die Vorkchrift, daß Sendungen zu der ermäßigten Drucksachentaxe die Bezeichnung „Drucksache“ zu tragen haben, ist jetzt aufgehoben worden. Für die Post gilt als Drucksache jede Sendung, aus deren Verpackung, Frankierung usw. zu entnehmen ist, daß der Absender sie als Drucksache hat angesehen wissen wollen.

Tod durch Ertrinken. Beim Angeln auf der Obererkannt vor einigen Tagen der Schriftsetzer Reinhold Buch sowie ein Bildhauer. Beide verloren beim Wechseln der Fische in einem kleinen Rahne das Gleichgewicht und fielen in die reißende Strömung. Buch hinterläßt vier Kinder.

Betriebsunfall. In einer Offenbacher Druckerei geriet ein Druckerlehrling mit der Hand so unglücklich in eine Tiegedruckpresse, daß ihm ein Finger vollständig abgequetscht wurde.

Amerikanische Ansichten über die Zeitung der Zukunft. Kürzlich hielt der Chefredakteur der „Daily Chronicle“ vor Sachleuten in York eine Rede, in der er auf Grund der letzten Entwicklungen und Umwälzungen auf dem Gebiete des europäischen Zeitungswesens ein Abbild von der Zeitung der Zukunft entwarf. Mit der wachsenden Entwicklung der Technik würden, so führte der britische Fachmann aus, die nächsten Jahrzehnte weitgehende Umformungen im Zeitungswesen mit sich bringen. Die künftigen Methoden der Zeitungsbestellung und Zeitungsverteilung werden noch schneller sein wie heute und noch weitere Gebiete bewältigen. Luftschiffe und Flugmaschinen werden in den Dienst der Zeitungsbeihilfe treten, elektrische Züge und Automobildienste in die Nachbarstädte werden die Schnelligkeit der Austragung unterstützen. In den Großstädten werden die Zeitungen durch pneumatischen Druck, also sozusagen durch Rohrpost, an die Leser verteilt werden, die Morgen- und Abendblätter werden ihren Charakter verlieren und durch stündliche Ausgaben ergänzt werden. Im inneren Nachrichendienst des Zeitungsbetriebes wird das drahtlose Telephon die erste Stelle beanspruchen, jeder Journalist und Reporter wird stets einen kleinen drahtlosen Telephonapparat mit sich führen und jederzeit mit seinem Blatt in Verbindung treten können. Die ausgenommenen Meldungen werden dem Redakteur nicht mehr handschriftlich oder stenographisch, sondern gleich in der Spaltenbreite des Blattes gedruckt vor Augen kommen. In den Restaurants, öffentlichen Lokalen und Vergnügungsorten werden durch Grammophon und Kinematograph stündlich die neuesten Nachrichten dem Publikum mitgeteilt werden, ja, wer weiß, ob das Publikum nicht mit der Zeit dazu neigen wird, sogar die Mühe des Lesens von sich abzuweisen, und wie heute Gas- und Wasserleitungen in die Zimmer und Büroräume führen, werden dann vielleicht Nachrichtenleitungen in die Häuser gelegt werden. Dann wird der ehemalige Zeitungsleser daheim den stetigen Zustrome neuer Meldungen lauschen können oder gemächlich von Zeit zu Zeit den unablässig aus dem Apparat gedruckt hervorströmenden Nachrichtenstrom überfliegen.

Neuer Bücherzoll in den Vereinigten Staaten? Im allgemeinen gehen in fast allen Kulturstaaten Bücher, die zur Unterhaltung und Belehrung dienen, zollfrei ein. In dem Zolltarifenwurde, den der amerikanische Senat jetzt bearbeitet, ist aber ein 15prozentiger Wertzoll auf Bücher eingeschaltet worden. Bisher bestand in den Vereinigten Staaten nur ein 15prozentiger Zoll auf Bücher in englischer Sprache, dem Schutze der heimischen Druck- und Verlagsanstalten gegenüber den hochentwickelten englischen Geschäften dieser Art. Für einen Zoll auf anderssprachige Bücher kann dieser Grund nicht ins Treffen geführt werden, da es einen namhaften Verlag anderssprachiger, besonders deutscher Bücher in Amerika nicht gibt. Der Börsenverein Deutscher Buchhändler hat die deutsche Regierung aufgefordert, ihren Einfluß gegen die Einführung eines solchen Bolles geltend zu machen.

Offene Arbeitersekretariate. Für das Arbeitersekretariat in München wird möglichst bald, spätestens zum 1. November, ein Arbeitersekretär gesucht. Der Bewerber muß instand sein, alle in einem Arbeitersekretariat anfallenden Arbeiten selbstständig erledigen zu können. Besonders muß er sich eignen zur persönlichen Vertretung der Versicherter vor den Rechtsprechungsinstanzen. Die Anstellung erfolgt in Anlehnung an die Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Dienststätte in der gleichen Stellung werden nach Übereinkunft angerechnet. Meldungen sind unter Angabe der Tätigkeit bis zum 13. September an den ersten Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins München: J. Timm, München, „Gewerkschaftshaus“, Pestalozzistraße 40/42, Zimmer 39, zu richten.

Verabbarung zwischen Berufsgenossenschaften und Krankenkassen. Zur Regelung der Beziehungen zwischen den Berufsgenossenschaften und den Krankenkassen beim Selbstverfahren für Unfallverletzte (§§ 1501, 1503 und 1513 der Reichsversicherungsordnung) fand kürzlich im Reichsversicherungsamt eine Konferenz statt. Die Beratungen waren von dem Gedanken geleitet, die Selbstbehandlung der Unfallverletzten möglichst wirksam zu gestalten, die Übernahme des Selbstverfahrens durch die Berufsgenossenschaft innerhalb der Wartezeit in den hierfür geeigneten Fällen zu fördern und ein möglichst einträchtiges Zusammenarbeiten von Berufsgenossenschaften und Krankenkassen auf diesem Gebiete sicherzustellen. Die Vertreter aller Verbände waren darin einig, daß die neue Vorschrift der Reichsversicherungsordnung, wonach als Ersatz für Krankenpflege drei Viertel des Grundlohns gelten, nach dem sich das Krankengeld bestimmt, weder für die Berufsgenossenschaften noch für die Krankenkassen eine Quelle der Bereicherung werden dürfe. Für das Eingreifen der Berufsgenossenschaften in die Selbstbehandlung gemäß § 1513 der Reichsversicherungsordnung sollten auch in Zukunft die vom Reichsversicherungsamt unter dem 1. Dezember 1911 aufgestellten Entschlüsse im wesentlichen maßgebend bleiben. Die Entschädigung der Berufsgenossenschaften für die Übernahme des Selbstverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall soll aber grundsätzlich auf den Ersatz des im Einzelfall unmittelbar entstandenen Aufwandes bis zur Höhe von drei Uchsten des oben erwähnten Grundlohns beschränkt bleiben. Ist der Aufwand nicht nachweisbar, so sind Pauschbeträge, deren Höhe nach Ablauf eines Jahres durch das Reichsversicherungsamt in Gemeinschaft mit den beteiligten Verbänden nachgeprüft werden soll, zu gewähren. Die gleichen Gesichtspunkte sollen für die Fälle gelten, in denen die Berufsgenossenschaften den Krankenkassen gemäß § 1501, 1503 des Gesetzes ersatzpflichtig werden. Es wurde beschlossen, dieses Abkommen, dessen hohe Bedeutung für eine möglichst schnelle und vollkommene Heilung

der Unfallverletzten und für eine sachgemäße Regelung der weitzerzweiglichen geschäftlichen Beziehungen zwischen Berufsvereinigungen und Krankenkassen allseitig anerkannt wurde, vorläufig bis zum 31. Dezember 1914 für die vertraglich bestehenden Verbände und die von ihnen vertretenen verbindlich sein zu lassen. Man hofft dann nach den inzwischen gemachten Erfahrungen das Abkommen noch weiter ausbauen zu können.

Arbeitslosenversicherung und Parteipolitik. In Wschaffenburg beantragte die sozialdemokratischen Vertreter bei der Stadtverwaltung schon zweimal hintereinander, je 1000 Mk. zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung in den Etat einzufassen. Es gelang ihnen denn auch, beide Male den Antrag zur Annahme zu bringen, aber jedesmal gegen die Stimmen der Vertreter des Zentrums. Diese verlangten die Ablehnung des Antrags, weil die Arbeitslosenversicherung Sache des Landes- und Reichstags wäre. Und im bayerischen Landtage lehnten bekanntlich die Zentrumsvertreter die sozialdemokratischen Anträge auf Einsetzung eines bestimmten Geldbetrags in das Budget zur Unterstützung derjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung einführen wollen, ab, da diese Unterstützung Sache der Gemeinden sei. Kürzlich beantragte nun aber in Wschaffenburg ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten selbst, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Er mußte nun aber erleben, daß die Mehrheit der seiner Gewerkschaft am nächsten stehenden politischen Partei, des Zentrums, seinen Antrag kurzweg ablehnte.

Ablehnung der Streikklauel. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, eruchte die Handwerkskammer in Karlsruhe den Stadtrat, in die Verträge über die Vergütung städtischer Arbeiter und Lieferungen einen Passus (Sperr- und Streikklauel) aufzunehmen, wonach Arbeitsniederlegung und Ausperrung von Arbeitnehmern im Bauwerke oder in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrags erforderlichen Betriebe die Verlängerung aller Fristen um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Ausperrung bewirken soll, ohne daß deshalb der Vertrag einseitig rückgängig gemacht oder Schadenersatz gefordert werden kann. Der Stadtrat beschloß, diesem Gesuche nicht zu entsprechen. Es soll wie bisher von Fall zu Fall geprüft werden, ob eine Verlängerung der Fristen gerechtfertigt erscheint.

Unternehmerinteressen und Wohlfahrtsanstalten. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen errichtete auf ihrem Eigentum Arbeiterhäuser und beantragte bei der bayerischen Regierung dafür Bezeichnung von der Erhebung einer Immobiliengebühr, da diese Häuser Wohlfahrtsanstalten seien. Der Verwaltungsgerichtshof entschied nun kürzlich in einem ausführlichen Urteile, daß diese Arbeiterhäuser nicht nur ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, sondern auch den Interessen der Unternehmer. Für die Grundstücke, auf denen diese Arbeiterhäuser errichtet wurden, sind deshalb die Gebühren zu bezahlen.

Industrielle gegen die Entstellung von Offizieren im Kaufmannsstande. Zu der Anregung des preussischen Kriegsministers über die Beschäftigung von verabschiedeten Offizieren in Handel und Industrie hat der Verband sächsischer Industrieller eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Der Verband könne das Vorgehen des Kriegsministeriums auf Errichtung einer Auskunftsstelle für die Beschäftigung verabschiedeter Offiziere nicht unterstützen. Den Industriellen müsse naturgemäß die Sorge für die aus dem Kaufmannsstande hervorgegangenen und ihm enger verbundenen Handlungsgehilfen am nächsten liegen, auch wenn die Beschäftigung des Offiziers für den kaufmännischen Beruf nicht prinzipiell beschränkt werden solle. Es sei aber erst vor kurzem das Thema des alternativen Angestellten in der Öffentlichkeit ausführlich erörtert und hervorgehoben worden, in wie schlimmer Lage sich auch diejenigen kaufmännischen Angestellten befinden, die aus Gründen, die vielfach nicht in irgendwelchen Mängeln ihrer Befähigung lägen, sondern mit niedergehender Konjunktur und Zusammenbrüchen einzelner Firmen zusammenhängen, gezwungen seien, andere Stellen zu suchen. Diesen kaufmännischen Angestellten seien die offenen Stellen zunächst durchaus vorzubehalten. Erst wenn der Kaufmannsstand nicht die genügenden oder geeigneten Persönlichkeiten aufzubringen vermöchte, um die vorhandenen Posten zu besetzen, käme das Rückgreifen auf andere Berufe in Betracht. Es könne sich bei der Beschäftigung von Offizieren in Handel und Industrie im wesentlichen nur um Einzelfälle handeln, während das grundsätzliche Zurückverfügungstellen von vakanten Stellen für die Persönlichkeiten des Offizierstandes vom Verbands nicht gebilligt werden könne.

Zur Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter. In bemerkenswerter Weise nimmt in der neuesten Nummer die „Bergarbeiterzeitung“ zu der von uns schon mehrfach erwähnten Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter Stellung. Sie zitiert zunächst eine Anzahl Probestimmen zum Auftruf des christlichen Gewerkschaftsvereins, verweist noch einmal auf das unholzbare Treiben der Christlichen in den letzten Jahren und sagt dann zum Schluß: „Aber noch ein weiterer, sehr wichtiger Faktor muß bei der Frage, ob der Gewerkschaft eine ehrliche und dauernde Arbeitsgemeinschaft mitmachen kann, in Rechnung gestellt werden: Die politische Konstellation im Ruhrreviere. Je mehr die Arbeiterpartei die beiden bürgerlichen Parteien zurückdrängt, um so fester verbindet sich Rom mit Wien gegen die Arbeiterpartei. Die Zeiten, wo Johannes Fasangel die Reife gegen die „liberalen Aufsteiger“ und „Menschenschinder“ geschwungen hat, und wo Bischof Kesselner gegen das „gottlose, liberale Freimaurertum“ Donnerkeile, sind dahin. Die Zentrumsmillionäre und die „liberalen“ Industriekönige

vertreten gemeinschaftlich ein und dasselbe Programm: Enrichiez vous! (Reichert euch!) Die Kämpfe und Arbeiten der Gewerkschaften spielen hinüber aufs politische Gebiet, werden beeinflusst von den Vorgängen, die sich in den gelegentlichen Körperlichkeiten abspielen und bei den scharfen Kämpfen der politischen Parteien in Mitleidenschaft gezogen. Wie einschneidend haben doch die Kämpfe um den Zolltarif 1902, die Erneuerung der Handelsverträge 1906, die Reichsfinanzreform 1909 und die Reichsversicherung 1911 in den Gewerkschaften gewirkt und mit welcher Erbitterung sehen sich seit 1909 die großen politischen Parteien gegenüber! Die Mitglieder der „christlichen“ Gewerkschaften im Ruhrreviere bilden die Kerngruppe der Zentrumspartei, die Generalsekretäre die Zureifer und Einseiler. Die Leute sind Lehrer der moralisch so unendlich kiestehenden Zentrumsklätter im Ruhrreviere, die seit dem großen Aufschwunge der Arbeiterpartei von 1903 einen systematischen und innerlichlichen Verleumdungsbeitrag gegen die Sozialdemokratie führt, und ihr urteilsloser Anhang macht keinen Unterschied zwischen der politischen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Mit demagogischer Verschlagenheit und boshaftem Zynismus reden und schreiben sie nur von „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ und haben durch diese seit zehn Jahren systematisch betriebene Heße einen unersättlichen Haß in die Herzen der Arbeiter gepflanzt. Das ist im Interesse der Arbeiter sicherlich recht zu bedauern und schmerzhaft, aber es ist eine Tatsache, die wir vorläufig nicht ändern können, uns damit abfinden müssen. Solange die großen politischen Armeen in gegenseitigen Vernichtungskämpfen stehen, wird es nicht möglich sein, einzelne Sektionen von diesen Armeen loszutrennen und zur Arbeitsgemeinschaft zu formieren. Das hat die zwanzigjährige Geschichte gerade des christlichen Gewerkschaftsvereins bewiesen. Es war nicht der Eigeninn eines August Bruff, nicht der Fanatismus eines Smbuch, wodurch immer und immer wieder ein Bruch herbeigeführt wurde, sondern es waren stets politische Ereignisse, die mit untrer Bewegung in gar keinem direkten Zusammenhang standen. Auch der Streikbruch 1912 entsprang parteipolitischen Motiven. Gewerkschaftsführer haben offen erklärt, daß wenn der Gewerkschaft mitgemacht habe, wäre es nicht zum Streike gekommen und der Gewerkschaften würde 20000 Mitglieder gewonnen haben. Trotzdem die „Führer“ wußten, daß ihre Organisation 20000 Mitglieder gewinnen würde, trotzdem sie durch diesen Kampf die bereits verdorren Vorbeerkänge auf ihren Christenköpfen neu austreiben konnten, mußten sie den Streikbruch verüben, und wenn es Sals und Kragen kosten würde. Niemand darf die „Christenführer“ weder für so dumm noch für Herostraten halten, die mutwillig ihre Organisation zerstören, sondern sie können nicht anders. Nicht von ihrem Willen hängt es auch in Zukunft ab, was geschieht, sondern davon, was in den Geheimkonventikeln von den „Zentrumsmillionären, dem Kommanden des Bundes der Arbeiter, dem Apostolischen Stuhle von Dresden, Erzbischof Hartmann und andern beschlossen wird. Aus allen diesen Gründen sehen wir in dem Auftrufe wie auch in den weiteren „Friedensartikeln“ nichts als einen schlaun sein. folgenden Logikationsfluß, Worte, hinter denen kein Wille zur Tat steckt.“ Die Führer der christlichen Organisation weichen denn auch wohl schon einige Schritte von ihrem Plane der Arbeitsgemeinschaft zurück. Schon werden die näheren Grenzen abgesteckt, damit der Gewerkschaften nicht etwa in den Verdacht kommen könnte, mit dem „roten“ Bergarbeiterverband in gar zu enge Waffenbrüderschaft zu kommen. Die „Katholische Volkszeitung“ läßt sich (Abendausgabe vom 30. August) aus „christlichen Gewerkschaftskreisen“ (Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften?) schreiben: . . . „Von Fall zu Fall — und so nur will ja der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seinen Vorschlag aufgegeben wissen —, z. B. in Knappchaftsfragen, läßt sich doch wohl ein solches Zusammengehen durchführen, ohne daß die christliche Gewerkschaft ihre Eigenart aufgibt oder sie verliert.“ Das liegt schließlich auch im Interesse der Allgemeinheit selbst. Es kann nicht verkannt werden, daß die starre Intransigenz des Bergbankapitals auf die Dauer zu einer ständigen Erdrückung für das volkswirtschaftliche und soziale Leben wird. Es fährer aber auf beiden Seiten die sich gegenüberstehenden Kräfte sind, um so mehr Kräfte werden in der Allgemeinheit geweckt, die mit Macht auf den Frieden hinwirken. Diese Auflassung leibt gewissermaßen instinktiv in der christlich organisierten Arbeiterpartei, so daß ein Zusammengehen von Fall zu Fall leicht verwirklicht werden kann. An eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft im umfassenderen, tieferen Sinne des Wortes ist wohl nicht zu denken. Dafür wird die Gewerkschaftsarbeit auf christlicher Seite grundsätzlich zu verchieden aufgeführt im Vergleiche zu der sozialistischen Auflassung. Die sozialistischen Gewerkschaften wollen den gewerkschaftlichen Interessenkampf in möglichst weitem Umfange zum Klassenkampf hinüberleiten, während die christlichen Gewerkschaften eben nur an einen Kampf denken, wo und so weit er zum Ausgleich sich gegenüberstehender Interessen erforderlich ist.“ Also nur von Fall zu Fall! Hoffentlich soll die Arbeitsgemeinschaft nicht ausgeschlossen werden, wenn es den Grubenbesitzern etwas kostet, und wenn der Gewerkschaften ernstlich Farbe bekennen soll. Für eine solche Art der Arbeitsgemeinschaft wäre in den Kreisen des alten Bergarbeiterverbandes sicherlich keine Stimmung zu machen.

Aus einem gelben Sumpfe. Der Vorstand des gelben Gewerkschaftsvereins der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen hat kürzlich den gelben Mitgliedern den Bericht für das zweite Geschäftsjahr unterbreitet. Diefem Berichte nach ist die Zahl der ordentlichen Mitglieder auf 4705 gestiegen; mit außerordentlichen und jugendlichen Mitgliedern sind es zusammen 6844. Die Direktion hat für die gelbe Züchtung ihrer Arbeiter 107362,50 Mk. aus-

gegeben. Die ordentlichen Mitglieder brachten ganze 4584 Mk., die außerordentlichen Mitglieder 5358 Mk., die Jugendabteilung ganze 191 Mk. auf. Die Ausgaben betrugen insgesamt 70623 Mk., die zu den verschiedensten Unterstüttungen verwendet wurden. Ein feines Geschäft — für die Direktion! Es entfallen bei 10000 Arbeitern pro Arbeiter täglich ganze 2 Pf. Ausgabe, während die minimale Lohnaufbesserung von nur 1 Pf. pro Stunde einen fünfmal höheren Betrag erfordern würde. Diese minimale Ausgabe ist der Direktion anscheinend noch zu hoch. Sie hat veranlaßt, daß die Gelben ihre Beiträge erhöhen, damit sie selbst für die Gelbengucht besser auskommen könnten. Kürzlich stellten die gelborganisierten Maurer in der chemischen Fabrik „Elektron“ in Griesheim Lohnforderungen, da sie 10—15 Pf. weniger verdienten als ihre Kollegen in andern Betrieben. Es wurde den gelben Maurern durch die Verwaltung aber bedeutet, daß sie gar keine Berechtigungen hätten, Lohnforderungen zu stellen. Die Sabung des Gewerkschafts verbierte dies; überdies hätten sich die Mitglieder des Gewerkschafts unterchriftlich verpflichtet, Lohnforderungen nicht zu stellen. Damit endete die zweite Lohnbewegung der Gelben im „Elektron“ und beide mit demselben Resultate. Wann werden die gelben Arbeiter so viel Ehre, Würde und Schamgefühl aufbringen, um sich aus dem gelben Sumpfe zu retten!

Briefkasten.

W. S. in M.: Da müßten Sie schon bei einem Defektbureau direkt anfragen, in deren Geschäftspraxis sind wir nicht eingeweiht. — **S. M. in S.:** 1. Sie sind zur Beitragsleistung für die Angestelltenversicherung verpflichtet, zur Invalidenversicherung jedoch nur, wenn der Jahresgehalt 2000 Mk. nicht übersteigt. 2. Wenn nichts anderes vereinbart, Quartalskündigung. — **F. St. in München:** Ginterfanden. — An mehrere: Besten Dank für Maßgigkeit und sonstige Erzeugnisse aus dem bündnerischen Sumpfe. — **M. R. in Berlin:** Artikel mit großem Interesse gelesen. Dank und Gruß! — **U. P. in Breslau:** 2,15 Mk. — **K. S. in Berlin:** Vor Aufnahme Ihres Artikels bitten wir um Einwendung einer Mitgliedschaftsbefähigung. — **U. J. in Sch.:** Mit Interesse gelesen. Freundl. Gruß!

Zur genaueren Beachtung! Wer an den „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anzufragen hat, muß unter allen Umständen ein folgendes beachten:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
2. Keine Blei- und auch keine Stenilinteile verwenden;
3. Nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder förmliche Verbesserungen vorgenommen werden können;
4. Durch Korrekturen, Abänderungen, Zusammentretungen nicht das Manuskript unlesbar machen;
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben;
6. Berichte vom Vorliegenden gelegentlich lassen und Artikel einen Ausweis über die Mitgliedschaft zum Verbands beifügen!
7. Einblendungsfrist für Berichte eine Woche nach Stattfinden der betreffenden Versammlung;
8. Nichtig frankieren, da sonst Annahme verweigert werden muß und durch Rücksendung dann unangenehme Verzögerungen eintreten;
9. Die Sperrung von Berachtern infolge aneinanderer Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandsvorsitzandes. Mitteilungen über den Ausbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an eine Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgegangener Bekanntgabe durch den Verbandsvorsitzenden eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen;
10. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auslegungen des Verbandsstatuts oder des Satzes zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Verbands und Berufs liegen, bezw. der „Briefkasten“ ist kein allgemeines Auskunftsstellen. Es griffliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Freimariken der Anfrage beigefügt sind;
11. Redaktions- und Anzeigenschluß: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagnummer am Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurlfür, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

- Augsburg.** (Maschinenlehrerbund.) Vorsitzender: Hans Edelmann, Baumgartnerstraße 19 II.
- Bruchsal.** Wegen Abreise des ersten Vorsitzenden sind alle Aufstellungen bis auf weiteres an Oswin Pefter, Wielenstraße 12 II, zu senden.
- Markredwitz.** Vertrauensmann: Hans Hofmann, Egerstraße 20.
- Dranienburg.** Vorsitzender: Franz Sanbon, Kanalstraße 6.
- Blauen.** (Maschinenlehrevereinigung Bezirk Blauen.) Vorsitzender und Kassierer: Robert Linke, Albersfr. 63 II.
- Weimar.** (Maschinenlehreverein.) Vorsitzender: Otto Schneider, Brunnenstraße 5 II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
In Darmstadt der Seher Franz Reib, geb. in Grube v. d. Heyd 1881, ausgel. in Groß-Gerau 1898; war schon Mitglied. — Wilhelm Ampland, Rhönring 59.
In Göttha der Schweizerdegen Gustav Neufelmann, geb. in Göttha 1863, ausgel. bei. 1882; war schon Mitglied. — H. Etzhöfer, Dfstraße 38.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate Juli 1913. a) Auf der Reife: Abgenommen vom vorhergehenden Monate 990 Mitglieder, aus Kondition kamen 399, aus

